SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Bruchlinien der Revolution: Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen

Lacher, Wolfram

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Lacher, W. (2013). *Bruchlinien der Revolution: Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen.* (SWP-Studie, 5/2013). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-361606

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Studie
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Wolfram Lacher

Bruchlinien der Revolution

Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen

S 5
März 2013
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Wissenschaft und Politik ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

SWP-Studien unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung *(peer review)*. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren und Autorinnen wieder.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

5 **Problemstellung und Empfehlungen**

7 **Rahmenbedingungen des Übergangsprozesses**

9 **Politische Kräfte im neuen Libyen**
9 Lager und Interessen in Nationalkongress und Regierung
10 *Ideologische Lager und taktische Allianzen*
13 *Bruchlinien der Revolution*
14 *Die Regierung Zeidan*
14 Parlamentarische und außerparlamentarische Islamisten
15 *Netzwerk und Einfluss des Großmuftis*
16 *Islamistischer Einfluss im Sicherheitssektor*
17 *Extremistische Brigaden*
17 Lokale und regionale Kräfte: Lokalräte, Stämme, Milizen
18 *Revolutionäre Machtzentren*
20 *Verlierer der Revolution*
21 *Föderalisten und Vertreter ethnischer Minderheiten*
23 Das revolutionäre Lager und seine Gegner

26 **Konfliktfelder und Konfliktdynamiken**
26 Kräfteverhältnisse zwischen lokalen und regionalen Akteuren
27 Machtkämpfe um den Sicherheitssektor
31 Konflikte um Justiz und Aussöhnung
33 Wirtschaft und Staatshaushalt: Ein zukünftiges Konfliktfeld

36 **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

37 **Glossar**

Wolfram Lacher ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der
SWP-Forschungsgruppe Naher/Mittlerer Osten und Afrika

Bruchlinien der Revolution
Akteure, Lager und Konflikte im neuen Libyen

Unter den Staaten des Arabischen Frühlings hat Libyen die bisher wohl tiefsten Umwälzungen erfahren. Eine derartige Vielzahl von Akteuren ist auf den Plan getreten, dass die politische Arena des neuen Libyen kaum zu überblicken ist. Während in den Nachbarstaaten Tunesien und Ägypten wohldefinierte Parteien, Lager und Institutionen zu agieren scheinen, tun sich externe Beobachter schwer damit, die politischen Akteure in Libyen zu identifizieren und einzuordnen. Dies liegt nicht nur an den unklaren Kräfteverhältnissen und dem institutionellen Chaos nach dem Zusammenbruch des Qadhafi-Regimes. Anders als bei den Nachbarländern mangelt es auch an Untersuchungen zu den politischen Kräften, die sich im Zuge der Revolution formiert haben. Die vorliegende Studie soll hier Abhilfe schaffen. Sie bietet eine Analyse der Akteure, die heute das Geschehen in Libyen bestimmen. Geklärt werden soll, welche Interessen diese Akteure verfolgen, welche Allianzen sie eingehen und welche Konfliktlinien zwischen ihnen entstehen.

Das neue Libyen ist tief gespalten. Innerhalb einer zersplitterten politischen Landschaft bilden sich zwei gegnerische Lager, in denen sich die unterschiedlichsten Interessen finden. Vertreter jener Seite, die sich selbst als revolutionär bezeichnet, zielen auf eine umfassende Auswechslung der politischen und wirtschaftlichen Elite zu ihren Gunsten. Sie stehen einem heterogenen Lager aus etablierten, konservativen und moderaten Kräften gegenüber, die einen Schlussstrich unter die Umsturzphase ziehen wollen und befürchten müssen, durch den weiteren Aufstieg revolutionärer Akteure an Einfluss zu verlieren. Diese Kluft zieht sich nicht nur durch den im Juli 2012 gewählten Nationalkongress. Sie verläuft auch zwischen Städten und Stämmen oder zwischen verschiedenen Einheiten des Sicherheitssektors. Vier Konfliktfelder, in denen die Bruchlinie deutlich wird, erfahren in der Studie besondere Berücksichtigung: die Kräfteverhältnisse zwischen lokalen Machtzentren; der Sicherheitssektor; Fragen der Justiz; die Kontrolle wirtschaftlicher Ressourcen.

Von einem nationalen Machtkampf zwischen den beiden Lagern kann indes keine Rede sein. Die Konflikte bleiben meist auf lokaler Ebene oder in einzelnen Sektoren verhaftet – ein wesentlicher Grund, warum

Libyens Übergangsprozess zwar langwierig und hochgradig instabil ist, aber nicht in einen erneuten Krieg oder gar eine Aufspaltung des Landes münden dürfte. Ohnehin dominieren lokale Akteure die politische Landschaft des neuen Libyen. In einigen Hochburgen der Revolution haben sich örtliche Strukturen mit starkem inneren Zusammenhang herausgebildet. Andernorts kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im jeweiligen Umfeld. Ethnische Minderheiten und Vertreter regionaler Autonomiebestrebungen organisieren sich. Wie sich die Kräfteverhältnisse zwischen diesen lokalen und regionalen Akteuren entwickeln werden, ist noch unklar. Ihre Rivalitäten werden teils militärisch ausgetragen; oftmals wurzeln sie darin, dass einzelne Städte und Stämme sich auf unterschiedlichen Seiten des Bürgerkriegs befanden.

Die Vorherrschaft lokaler Strukturen und ihr Konkurrenzkampf untereinander spiegeln sich auf nationaler Ebene wider – auch im Nationalkongress und in der Ende 2012 gebildeten Regierung von Ministerpräsident Ali Zeidan. Einzig unter den islamistischen Strömungen entstehen bislang politische Kräfte, die eine klare, landesweite Agenda verfolgen. Ansonsten dominieren Partikularinteressen und unstete Koalitionen. Was manche Beobachter als einen »liberalen« Akteur wahrnehmen – die Allianz Nationaler Kräfte von Mahmoud Jibril –, ist ein ideologiefreies Sammelbecken für Teile des gesellschaftlichen Establishments, die sich in lokale Netzwerke aufschlüsseln lassen. Auch das revolutionäre Lager ist intern in Fraktionen gespalten, die sich meist auf Basis lokaler, teils auch ideologischer Interessen formieren.

Die folgende Analyse ist zwangsläufig eine Momentaufnahme. Nach wie vor befindet sich die politische Landschaft Libyens im schnellen Wandel. Dabei geben die Ergebnisse der Wahlen von Juli 2012 nur bedingt Aufschluss über das künftige Parteiensystem. Innerhalb des Nationalkongresses kommt es zu immer neuen Allianzen, entstehen und zerfallen einzelne Fraktionen. Außerhalb des Kongresses dauert die Bildung und Umbildung von Parteien an. Viele revolutionäre Führungsfiguren verharren bislang im Sicherheitssektor; ob sie in die zivile Politik wechseln werden, ist noch unklar. Die Bedeutung lokaler Interessengruppen aber und die Verwundbarkeit der Regierung deren Forderungen gegenüber dürften über Jahre hinweg ein prägendes Kennzeichen libyscher Politik bleiben. Dies gilt auch für die Kluft zwischen dem revolutionären Lager und seinen Gegnern. Aller Voraussicht nach werden diese Konfliktlinien den anstehenden Verfassungsprozess dominieren. Zentrale Fragen für rivalisierende Akteure werden die Gewaltenteilung zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie die Rechte von ethnischen Minderheiten sein. Die Frage nach der Rolle des Islam birgt dagegen weitaus weniger Konfliktpotential als etwa in Ägypten und Tunesien.

Für Deutschland und andere externe Akteure ergeben sich zahlreiche Schwierigkeiten durch die politische Zersplitterung und die anhaltenden Machtkämpfe in Libyen. Vor allem tut sich die deutsche Außenpolitik schwer damit, mögliche Partner zu identifizieren. Das mag ein Grund dafür sein, warum die Zusammenarbeit mit dem neuen Libyen – im Gegensatz zu Tunesien und Ägypten – bisher vernachlässigt wurde. Sowohl die Risiken einer langfristigen Destabilisierung als auch die Chancen, die sich durch ein konsolidiertes Libyen eröffnen, sollten jedoch Anlass für ein verstärktes Engagement geben. Der Fokus sollte dabei auf der Überbrückung jener Gräben liegen, die sich durch den Bürgerkrieg aufgetan haben. Schlüsselbereiche sind die Justiz und die Aufarbeitung der Vergangenheit – denn entscheidend für Libyens zukünftige Stabilität wird die juristische und politische Bewältigung des Erbes sein, welches das Qadhafi-Regime, der Bürgerkrieg und die darauffolgenden Konflikte hinterlassen haben.

Rahmenbedingungen des Übergangsprozesses

Die Neuordnung von Libyens politischer Landschaft findet inmitten eines revolutionären Umbruchs statt. Die Institutionen des alten Staates – Sicherheits- und Militärapparat, Lokal- und Regionalverwaltung, Legislative – sind zusammengebrochen oder, wie im Fall des Justizsystems, paralysiert. An ihre Stelle sind temporäre oder informelle Arrangements getreten, die bestehen sollen, bis eine Verfassung ausgearbeitet ist und permanente Institutionen geschaffen werden.

Die Ecksteine des Interimsprozesses wurden durch den Nationalen Übergangsrat in seiner Verfassungserklärung vom 3. August 2011 festgelegt. Formell begann der Übergang, als am 23. Oktober 2011 – drei Tage nach dem gewaltsamen Tod Muammar al-Qadhafis – die Befreiung Libyens ausgerufen wurde. Bis zur Wahl des Nationalkongresses am 7. Juli 2012 und dessen konstituierender Sitzung einen Monat später orientierte sich der Prozess eng an der Verfassungserklärung. Durch die langwierigen Verhandlungen über die Regierungsbildung kam es jedoch zu erheblichen Verzögerungen. Nachdem Mustafa Abushagur mit der Regierungsbildung gescheitert war, wurde am 14. November 2012 schließlich das Kabinett von Ali Zeidan vereidigt.[1]

Heftige Debatten entbrannten derweil über die formellen Rahmenbedingungen des Verfassungsprozesses. Dem Zeitplan der Verfassungserklärung zufolge hätte der Nationalkongress innerhalb eines Monats nach seiner konstituierenden Sitzung das Verfassungskomitee ernennen sollen, das wiederum innerhalb von zwei Monaten einen Verfassungsentwurf vorzulegen hatte. Durch den angedrohten Wahlboykott der Föderalismusbewegung im Nordosten des Landes unter Druck gesetzt, änderte der Übergangsrat kurz vor den Wahlen unversehens die Bestimmungen für den Verfassungsprozess. Das Verfassungskomitee sollte nun direkt vom Volk gewählt werden. Diese Entscheidung blieb lange kontrovers und wurde erst im Februar 2013 vom Nationalkongress bestätigt, kurz darauf aber vom Obersten Gericht für ungültig erklärt. Die formelle Entscheidung, ob das Verfassungskomitee gewählt oder ernannt werden soll, steht im März 2013 noch aus. Zudem müssen Zeitpunkt und Rahmenbedingungen der geplanten Wahlen noch bestimmt werden; Letztere dürften ebenfalls umstritten sein.[2]

Aufgrund dieser Verzögerungen stehen auch die restlichen Bestimmungen der Verfassungserklärung in Frage. Das betrifft etwa den Zeitraum für Ausarbeitung und Annahme der Verfassung durch den Nationalkongress, der vom Übergangsrat bereits im März 2012 auf vier Monate verlängert worden war. Offen sind auch die Zeitspannen bis zum Verfassungsreferendum und zu den darauf folgenden Wahlen.[3] Es ist zu erwarten, dass sich der Übergangsprozess über 2013 hinaus ziehen wird. Im günstigsten Fall dürften die ersten verfassungsgemäßen Wahlen in der ersten Jahreshälfte 2014 stattfinden. Bis dahin werden sich Libyens politische Akteure inmitten eines verfassungsrechtlichen Vakuums und institutionellen Wildwuchses bewegen.

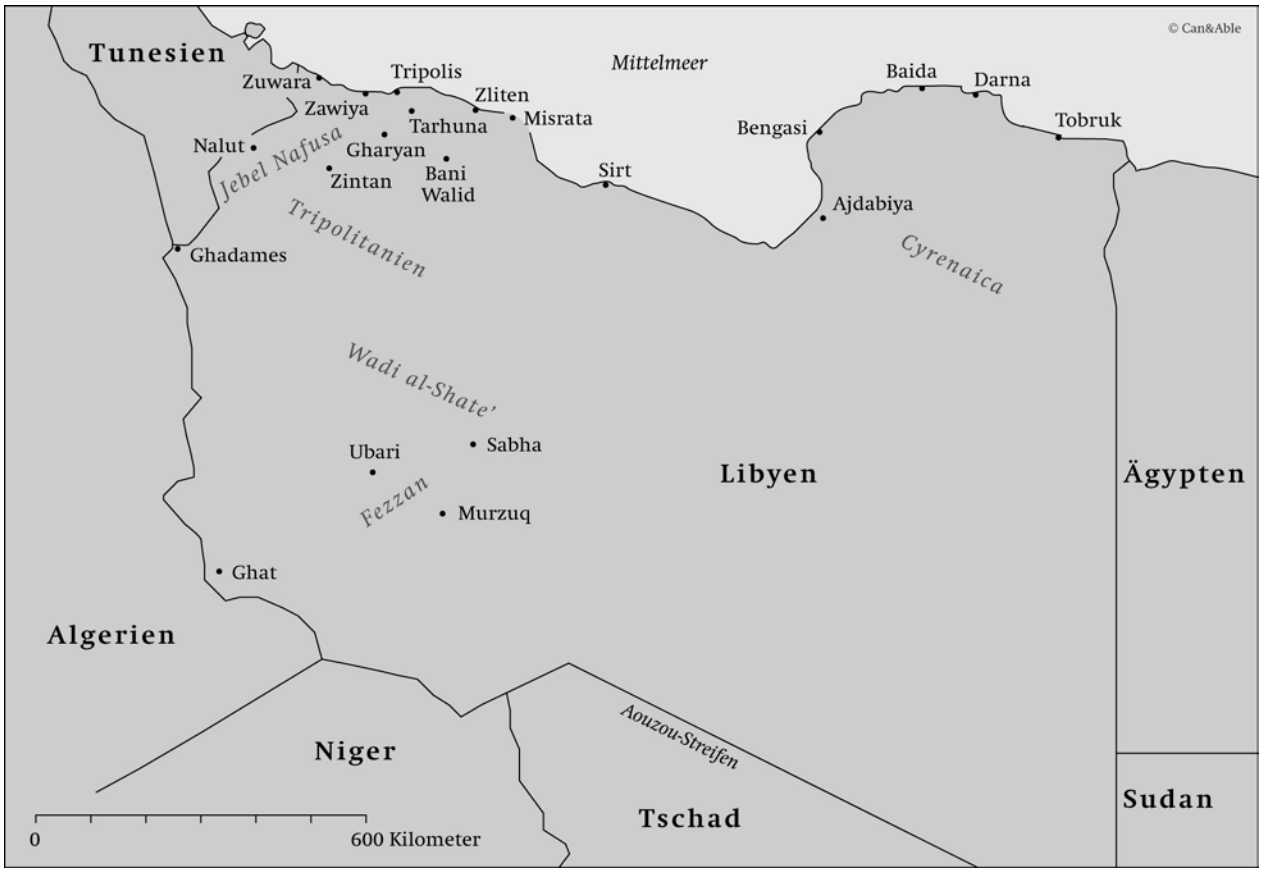
Dabei besteht ein direkter Zusammenhang zwischen institutionellem Chaos und den bewaffneten Konflikten in zahlreichen Regionen des Landes. Der Sicherheitssektor ist ein Flickenteppich aus Einheiten, deren Angehörige unter Zivilisten rekrutiert wurden, und Überresten des ehemaligen Militärs, die sich verselbständigt haben. Ein Großteil der revolutionären Brigaden und der Milizen, die nach dem Sturz des Regimes entstanden sind, unterstehen mittlerweile dem Innen- oder dem Verteidigungsministerium. Die Kontrolle der Ministerien ist jedoch prekär, da die Milizen als Ganzes integriert wurden und ihre Strukturen fortbestehen. Fast überall, wo Kämpfe ausbrechen, sind die Konfliktparteien in der Grauzone

1 Aufgrund von Urteilen und laufenden Untersuchungen der Integritätsbehörde (vgl. Kapitel »Konflikte um Justiz und Aussöhnung«, S. 31) sowie des Rücktritts eines Kandidaten wurden am 14. November 2012 nur 22 der 31 Minister vereidigt.

2 Zu den Rahmenbedingungen gehören Grenzverlauf und Gewichtung der Wahlkreise, die Kriterien für die Zulassung von Kandidaten und die Frage, ob es Quoten für bestimmte Gruppen wie Frauen oder ethnische Minderheiten geben soll.

3 Laut Verfassungserklärung sollte das Referendum einen Monat nach Annahme der Verfassung durch den Nationalkongress stattfinden. Verfassungsgemäße Neuwahlen waren sieben Monate nach dem Referendum vorgesehen.

Karte:
Städte und Regionen in Libyen



zwischen offiziellen und halboffiziellen Einheiten zu finden. Dass das Justizsystem gelähmt und den Drohungen bewaffneter Akteure ausgesetzt ist, trägt zur Eskalation der Konflikte bei. Die Regierung verfügt weder über ausreichend professionelle und neutrale Sicherheitskräfte, noch kann sie Tatverdächtige an die Justiz überweisen.

Die Probleme im Sicherheitssektor und im Justizwesen stellen die dringendsten Herausforderungen der gegenwärtigen Phase dar. Ihnen wird in der folgenden Analyse besonderes Gewicht eingeräumt. Spezifisches Augenmerk gilt zudem bewaffneten Akteuren und dem Potential für gewaltsame Auseinandersetzungen, das aus politischen Interessenkonflikten erwächst.

Politische Kräfte im neuen Libyen

Seit Ausbruch der »Revolution des 17. Februar« ist es zu weitreichenden Umwälzungen in der politischen Landschaft Libyens gekommen. Die Initiative ging dabei meist von lokalen, nichtstaatlichen Akteuren aus: lokalen Räten, Stammesgremien, revolutionären Brigaden. Zugleich erstarkte das islamistische Spektrum, in dem sich Kräfte mit nationaler Spannweite organisierten. Die elitäre politische Führung, die sich im Februar und März 2011 in Bengasi aus Mitgliedern der Exilopposition und ehemaligen Entscheidungsträgern des Regimes zum Nationalen Übergangsrat formierte, wurde von diesen Entwicklungen überrollt. Der Übergangsrat gewann zwar schnell internationale Anerkennung und Unterstützung, scheiterte jedoch daran, enge Beziehungen zu den lokalen Räten und Brigaden aufzubauen, die den revolutionären Kampf anführten. Daraus erwuchsen starke Spannungen zwischen der revolutionären Basis und der politischen Führung. Nach Ende des Bürgerkriegs gerieten viele Personen, die als Entscheidungsträger, Diplomaten oder Technokraten in das frühere Regime verstrickt waren, zunehmend unter Druck – trotz der Tatsache, dass sie mit ihrem frühen Überlaufen der Revolution zum Erfolg verholfen hatten. Viele Mitglieder des Übergangsrates und der Regierungen unter Mahmoud Jibril (März bis November 2011) sowie Abderrahim al-Kib (November 2011 bis November 2012) wurden durch Akteure mit lokaler Machtbasis aus der politischen Arena verdrängt, sei es aufgrund öffentlichen Drucks oder infolge von Wahlen.[4]

Lager und Interessen in Nationalkongress und Regierung

Analysiert man die Zusammensetzung des Nationalkongresses, ergibt sich ein Bild der Zersplitterung. Abgesehen von Muslimbrüdern und Salafisten bestehen keine ideologisch definierten Lager; stattdessen dominieren Einzelinteressen und unstete Allianzen.

Libyens Parteien konnten sich erst nach dem Sturz des Regimes entwickeln. Das Wahlgesetz von Januar 2012 trug der Schwäche nationaler politischer Kräfte Rechnung. Es entstand ein Wahlsystem, in dem drei Fünftel von 200 Abgeordneten als unabhängige Vertreter ihrer Wahlkreise und zwei Fünftel über Parteilisten gewählt werden. Allerdings war es für Parteilisten nicht erforderlich, in mehr als einem Wahlkreis Kandidaten aufzustellen. Folglich handelte es sich auch bei vielen Parteilisten um lokale Interessenverbände. 14 der 80 Abgeordneten, die über Listen gewählt wurden, fallen in diese Kategorie. Selbst der Parteiliste von Premierminister Zeidan, die Kandidaten in zahlreichen Wahlkreisen aufstellte, gelang es nur in Zeidans Heimatwahlkreis Jufra, Sitze zu gewinnen.[5] Andererseits kamen auch Parteimitglieder als Unabhängige in den Nationalkongress.

Von einigen prominenten Figuren sowie Vertretern mit klarem islamistischen Profil abgesehen, vertritt die Mehrzahl der unabhängigen Abgeordneten Partikularinteressen von Städten, Stämmen oder Familien. Knapp zwei Drittel der Unabhängigen gewannen ihren Sitz mit weniger als 20 Prozent der Stimmen des jeweiligen Wahlkreises, davon über die Hälfte sogar mit weniger als 10 Prozent. Abseits der großen Städte des Nordwestens entschieden oftmals Stammesloyalitäten die Wahl. In Bengasi etwa wurden sechs der neun unabhängigen Abgeordneten mit einem Anteil von weniger als zwei Prozent der Stimmen gewählt.[6] Sie können entweder bestimmten Stämmen oder Parteien zugerechnet werden. In Sabha vertritt jeder der vier unabhängigen Abgeordneten eine andere lokale Stammes- bzw. Bevölkerungsgruppe; Ähnliches gilt für Murzuq und Ubari. In Kufra und Bani Walid, wo jeweils zwei Abgeordnete mit ansehnlichen Stimmenanteilen gewählt wurden, hatten sich

4 Zur soziologischen Zusammensetzung des revolutionären Lagers während des Bürgerkriegs siehe Wolfram Lacher, »Families, Tribes and Cities in the Libyan Revolution«, in: *Middle East Policy*, 18 (Winter 2011) 4, S. 140–154.

5 Zeidans Nationalpartei für Entwicklung und Wohlstand *(Hizb al-Watan lil-Tanmiya wal-Rafah)* gewann einen Sitz über Parteilisten. Zeidan selbst zog als unabhängiger Abgeordneter für Jufra ein.

6 Das Wahlgesetz legte keine zahlenmäßige Obergrenze für die Zulassung von Kandidaten und Listen fest. Jedem Wahlkreis wurde eine bestimmte Anzahl von Sitzen für unabhängige Abgeordnete zugewiesen. Die Kandidaten mit der größten Stimmenzahl zogen in den Nationalkongress ein.

Stammesführer zuvor auf ihre Wunschkandidaten geeinigt und diese Entscheidung dann durch den Urnengang ratifizieren lassen. In Ruhaybat schlug der Kandidat der arabischen Bevölkerungsgruppe mit 51 Prozent jenen der Berber.[7]

In den großen Städten gewannen zudem viele Mitglieder der bourgeoisen und aristokratischen Familien, die vor Qadhafis Militärputsch von 1969 eine führende Rolle in Politik und Wirtschaft gespielt hatten. Dazu gehören etwa Abderrahman Swehli und Ali Abdallah al-Dharrat aus Misrata, Saleh Jaouda und Ahmad Langhi aus Bengasi oder Abdeljalil Saif al-Nasr aus Sabha. Zumindest teilweise sind sie als Vertreter der Netzwerke aus politischen und geschäftlichen Interessen zu sehen, die von ihren jeweiligen Familien angeführt werden.

Ideologische Lager und taktische Allianzen

Westliche Medien deuteten das Wahlergebnis als einen Sieg der Liberalen – der Allianz Nationaler Kräfte von Mahmoud Jibril – über die Islamisten. Diese Interpretation ist aus mehreren Gründen irreführend. Erstens sind Vertreter der Interessen einzelner Familien, Städte und Stämme die wahren Gewinner der Wahl. Zweitens trifft der Begriff »liberal« im kontinentaleuropäischen Sinne allenfalls auf eine Minderheit der Abgeordneten zu, die über die Allianz Nationaler Kräfte in den Kongress einzogen oder als Unabhängige mit ihr assoziiert sind. Drittens stellen Muslimbrüder und Salafisten zusammen einen größeren Anteil an den offiziell unabhängigen Abgeordneten als die Allianz.

Dass die Allianz Nationaler Kräfte den bei weitem größten Stimmenanteil unter den Parteilisten erhielt, lag in erster Linie an der Popularität Jibrils. Darüber hinaus kann das Ergebnis auch als ein Votum *gegen* die islamistischen Parteien gesehen werden – ohne dass es sich um eine Wahl *für* liberale oder gar säkulare Wertvorstellungen handeln würde. Weder die Allianz noch andere Parteien warben während des Wahlkampfs mit liberalen Inhalten. Als sich Parlamentspräsident Mohammed al-Magariaf in einem Interview zu der Aussage hinreißen ließ, Libyen solle ein säkularer Staat werden, protestierten Abgeordnete der Allianz

Kräfteverhältnisse im Nationalkongress:

Tabelle 1
Parteilisten

Allianz Nationaler Kräfte	39
Gerechtigkeit und Aufbau (Muslimbrüder)	17
Kleinere nationale Listen	6
Salafistische Parteilisten	4
Lokale Interessenverbände	14
Insgesamt	80

Tabelle 2
Unabhängige

Mit Allianz Nationaler Kräfte assoziiert	25
Mit Gerechtigkeit und Aufbau assoziiert	17
Salafisten – unabhängig oder mit Parteilisten assoziiert	23
Tatsächlich Unabhängige	55
Insgesamt	120

wie der Muslimbrüder.[8] Die Satzung der Allianz bekennt sich zur Demokratie sowie zur Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung; sie unterscheidet sich in nichts von den Programmen Dutzender anderer neuer Parteien.

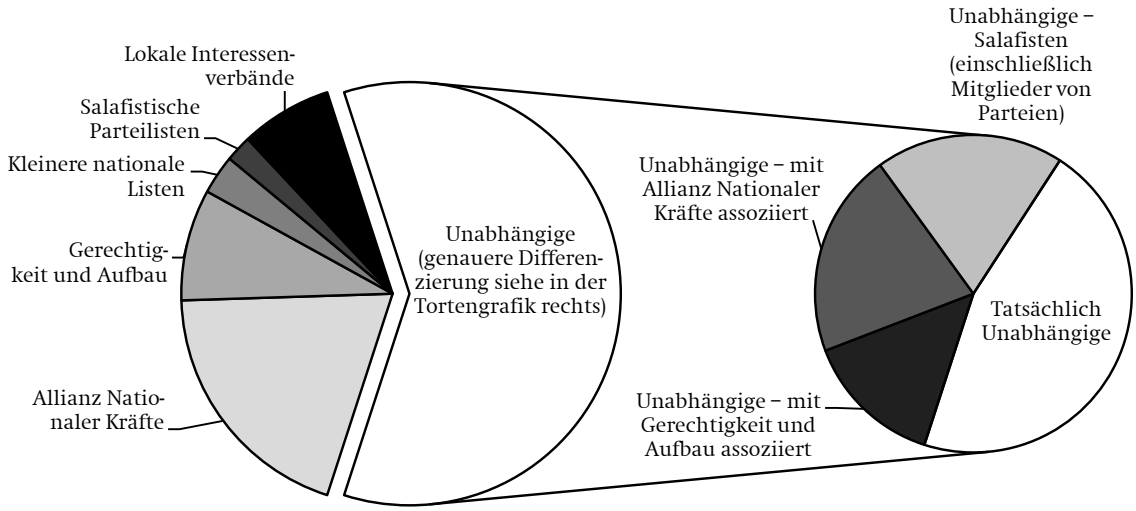
Aufschlussreicher sind die Profile von Führungspersönlichkeiten und Abgeordneten der Allianz. Neben Jibril ist Abdelmajid Mlegta eine der wichtigsten Figuren der Partei und ihr zahlungskräftigster Finanzier, auch wenn er weit weniger im Rampenlicht steht. Mlegta, ein Geschäftsmann mit Wurzeln im westlibyschen Zintan, unterhielt gute Beziehungen zum Qadhafi-Regime, bevor er nach Ausbruch der Revolution eine revolutionäre Brigade in seiner Heimatstadt aufbaute und sich später aktiv an der Befreiung von Tripolis beteiligte.[9] Unter den Abgeordneten finden sich sowohl junge, gutausgebildete als auch ältere

7 Gespräche mit Abdelkarim Alwajangy und Professor Zahi Mogherbi, Bengasi; Richter Saleh Obeidallah, Bani Walid; Professor Fathi Bouzkhar, Tripolis; November 2012.

8 »Nationalkongress protestiert gegen die Äußerungen al-Magariafs«, *al-Tadhamon*, 2.10.2012, <tinyurl.com/coj43vx> (Titel aus der arabischsprachigen Presse hier und im Folgenden vom Autor ins Deutsche übersetzt).

9 Die von Mlegta gegründete Qa'qa'-Brigade wird heute von seinem Bruder Othman geleitet, der als lokaler Funktionär unter dem alten Regime aktiv war. Die Qa'qa'-Brigade, deren Mitglieder zum großen Teil aus Zintan stammen, sichert in Tripolis mehrere offizielle Gebäude, ist aber auch berüchtigt wegen wiederholter unrechtmäßiger Festnahmen und der Beschlagnahmung von Staatseigentum.

Graphik:
Kräfteverhältnisse im Nationalkongress



Persönlichkeiten. Gemeinsam ist ihnen, dass sie einer wirtschaftlich privilegierten Schicht und prominenten Familien angehören. Bekannte Vertreter der ehemaligen Exilopposition fehlen; stattdessen setzte die Allianz auf lokale Prominenz. Der Spitzenkandidat der Allianz in Bengasi, Ahmad Bensoued, hat keinen politischen Hintergrund, sondern war einer der beliebtesten Fußballspieler der Stadt. Der Abgeordnete für das Zentrum von Tripolis, Abdellatif al-Muhalhil, ist ein führender Rechtsgelehrter der libyschen Sufis.[10] Die Allianz kann am ehesten als ideologiefreies Wahlbündnis von Vertretern des gesellschaftlichen Establishments betrachtet werden. Mehrere ihrer Abgeordneten waren lokale Funktionäre unter dem alten Regime. Zwei von ihnen wurden deshalb von der sogenannten Integritätsbehörde, die Entscheidungsträger auf ihre Rolle in der Qadhafi-Ära untersucht, des Amtes enthoben. Dasselbe Schicksal traf zwei der fünf Minister, die in der Regierung Zeidan von der Allianz gestellt wurden.[11]

Sowohl die Allianz als auch Gerechtigkeit und Aufbau – die Partei der Muslimbrüder – besitzen größeren Einfluss im Nationalkongress, als es die Zahl ihrer offiziellen Abgeordneten vermuten ließe. Viele prominente Vertreter der beiden Bündnisse stellten sich als Unabhängige zur Wahl, da sie sich so bessere Chancen ausrechneten. Auch weniger bekannte Kandidaten schafften mit finanzieller Unterstützung der einen oder anderen Partei den Einzug in den Nationalkongress; von ihnen wird nun Loyalität erwartet. Zählt man die mit beiden Fraktionen assoziierten Unabhängigen hinzu, so dürften die Allianz und die Muslimbrüder zusammen auf etwa die Hälfte der Sitze kommen. Doch müssen die oben aufgeführten Kräfteverhältnisse als ungefähre Angaben gelten. In der poli-

10 Seine politischen Gegner aus dem salafistischen Lager werfen al-Muhalhil vor, dass er dem Regime zu Beginn der Revolution im staatlichen Fernsehen zu Hilfe eilte. »Sufismus« bezeichnet eine Strömung innerhalb des Islam, deren Auslegungen meist mit lokalen Traditionen verbunden sind, zur Mystik tendieren und oft von Bruderschaften vertreten werden. Von Salafisten wird Sufismus als Verfälschung des Islam angesehen.

11 Es handelte sich um den designierten Hochschulminister Abdessalam al-Dueibi und den Staatsminister für parlamentarische Angelegenheiten, Muizz al-Khuja. Al-Dueibi legte beim Obersten Gerichtshof erfolgreich Revision gegen das Urteil der Integritätsbehörde ein und wurde im Februar 2013 vereidigt, ebenso wie ein dritter Allianz-Vertreter im Kabinett, Religionsminister Abdessalam Abusaad, der sich gleichfalls einer längeren Untersuchung durch die Integritätsbehörde unterziehen lassen musste. Abusaad trat kurz nach seinem Amtsantritt zurück, offenbar auf Druck aus dem salafistischen Lager.

tischen Praxis variiert die jeweilige Fraktionsstärke, denn insbesondere der Allianz mangelt es an innerer Disziplin. Deutlich wurde dies bei der Regierungsbildung. Im September 2012 war die Führungsspitze der Allianz in der Frage gespalten, ob man sich an der Regierung Abushagur beteiligen solle. Mlegta und Jibril sprachen sich entschieden dagegen aus; der Generalsekretär der Allianz, Faisal Krekshi, ließ sich indes von Abushagur als Minister nominieren.[12]

Zeidan verließ sich aber nicht allein auf die Einbindung der beiden großen Bündnisse, sondern suchte zudem die Unterstützung kleinerer Parteien sowie unabhängiger Vertreter bestimmter Regionen und Städte. Trotzdem wurde seine Regierung nur mit 105 Stimmen des 200-köpfigen Nationalkongresses gewählt; 58 Abgeordnete blieben der Abstimmung fern.

Weitaus stärker als in der Allianz ist der innere Zusammenhalt in der Fraktion der Muslimbrüder. Viele ihrer Abgeordneten, Minister und Führungskader saßen unter Qadhafi jahrelang zusammen im Gefängnis. Jene Muslimbrüder, die als Unabhängige in den Nationalkongress einzogen, besitzen weitaus stärkere Loyalitäten zur Fraktion, als dies bei assoziierten Abgeordneten der Allianz der Fall ist. Mit Nizar Kawan wurde ein Unabhängiger sogar zum Fraktionsvorsitzenden von Gerechtigkeit und Aufbau gewählt.

Das dritte klar identifizierbare Lager ist das der Salafisten. Es kann auf 27 Abgeordnete geschätzt werden und gewann Sitze vor allem in Tripolis und Zawiya. Allerdings handelt es sich dabei nicht um einen homogenen Block. Besonders einflussreich sind die zehn Abgeordneten, die mit der *al-Asala*-Bewegung (»die Ursprünglichkeit«) assoziiert sind. *Al-Asala* ist eng mit dem Großmufti Sadeq al-Ghariani verbunden. Ihre Vertreter wurden allesamt im Großraum Tripolis gewählt, wo sie unter anderem acht der vierzehn Sitze für Unabhängige einnehmen.[13] Ein zweites Netzwerk ist im Umfeld der ehemaligen Libyschen Islamischen Kampfgruppe angesiedelt. Es umfasst Revolutionäre jihadistisch-salafistischer Gesinnung, die sich aktiv am Kampf gegen das Regime beteiligten. Dazu zählen Abdelwahab Qaid,[14] Abgeordneter aus Murzuq, und fünf Unabhängige, die mit der *al-Watan*-Partei um Abdelhakim Belhadj assoziiert sind.[15] Auch zwei ehemalige militärische Anführer der revolutionären Brigaden aus Zawiya, die nicht der Kampfgruppe angehörten, stehen diesem Kreis nahe.[16] Hinzu kommen mehrere Unabhängige, die zwischen Salafisten und Muslimbrüdern anzusiedeln sind, wie Mohammed al-Walid aus Zliten, der Vorsitzende des Ausschusses für religiöse Angelegenheiten.

Unter den kleineren Parteien sowie den unabhängigen Abgeordneten, die nicht klar den Salafisten oder den Muslimbrüdern zuzurechnen sind, dominieren temporäre oder regionale Allianzen. Die Nationale Front des Parlamentspräsidenten Mohammed al-Magariaf gewann drei Sitze für Parteilisten. Auch unter den Unabhängigen sind mehrere Mitglieder der Partei – Vertreter prominenter Familien, die in der Exilopposition aktiv waren.[17] Doch agiert die Partei nicht als Fraktion, vielmehr versucht sie einen Block mit Unabhängigen aus den Städten ihrer prominenteren Figuren zu bilden, wie Misrata und Bengasi.[18] Während der Regierungsbildung formierte sich eine Gruppe von 15 unabhängigen Abgeordneten aus dem Nordosten, die im Gegenzug für ihre Unterstützung den

12 »Mlegta: Allianz Nationaler Kräfte in Libyen wird sich nicht an der Regierung Abushagur beteiligen«, *Reuters*, 18.9.2012; »Abushagur bringt seine Regierung vor den Nationalkongress«, *al-Tadhamon*, 4.10.2012, <tinyurl.com/d54mpm8>.

13 Al-Asala, »Die Namen der Kandidaten, die al-Asala unterstützt«, 27.6.2012, <tinyurl.com/csg9rna>.

14 Abdelwahab Qaid war ein hochrangiges Mitglied der Kampfgruppe. Er ist der ältere Bruder des als Abu Yahya al-Libi bekannten Führungsmitglieds von al-Qaida, das 2012 in Pakistan getötet wurde. Nach dem Sturz des Regimes wurde Qaid Kommandeur der Grenzschutzeinheiten im Süden Libyens. Er ist mit der *Umma*-Partei assoziiert, die von einem Teil der ehemaligen Mitglieder der Kampfgruppe gegründet wurde. Kopf der Partei ist Sami al-Saadi, einst die religiöse Autorität der Kampfgruppe. Al-Saadi wurde von Zeidan als Minister für die Betreuung der Familien der Märtyrer nominiert, trat aber aus Protest gegen die Zusammensetzung der Regierung zurück. Schon unter Kib war Muftah al-Dawadi, der erste Emir der Kampfgruppe, zum stellvertretenden Minister im selben Ressort ernannt worden; er behielt diese Position unter Zeidan.

15 Belhadj war einer der Anführer der Kampfgruppe und spielte eine aktive Rolle bei der Befreiung von Tripolis. Er ist eine der prominentesten Figuren in *al-Watan*. Die Partei – der auch nichtislamistische Persönlichkeiten angehören – gewann jedoch keinen einzigen Listensitz. Dieser Misserfolg hat bei ihren Führungsfiguren eine Neuorientierung ausgelöst, die dazu beitragen dürfte, dass sich das salafistische Parteispektrum umformiert.

16 Es handelt sich um die unabhängigen Abgeordneten Mohammed al-Kilani und Mustafa al-Treiki, Anführer bzw. Führungsmitglied der Märtyrerbrigade von Zawiya.

17 Die Nationale Front ist die Nachfolgeorganisation der Nationalen Front für die Rettung Libyens *(al-Jabha al-Wataniya li-Inqadh Libya)*, die lange Zeit als wichtigste Organisation der Exilopposition wirkte.

18 Gespräch mit dem Parteivorsitzenden Mohamed Ali Abdallah al-Dharrat, Tripolis, November 2012.

Landwirtschaftsminister stellen konnten. Um Mohammed Bitro, einen Abgeordneten aus Zintan, bildete sich die Gruppe Gemeinsame Arbeit, deren Mitglieder der Allianz nahestanden. Nach der Regierungsbildung entstand eine kleine Gruppe um Saleh Misbah, einen Abgeordneten aus Sirt, deren Mitglieder vor allem aus der Region von Sirt, Jufra und Sidra kommen.[19]

Doch sind solche Allianzen meist von kurzer Dauer. Anfang März 2013 bildete sich aus Teilen von ihnen der Block Mein Land, dessen rund 40 Mitglieder eine moderate Linie im Umgang mit Funktionären des alten Regimes vertreten. Schon Ende Januar hatte sich die Vereinigung Versprechen gegenüber den Märtyrern formiert, die ebenfalls konkrete Ziele verfolgte – nämlich durchzusetzen, dass das Verfassungskomitee gewählt wird und ein Gesetz über die Lokalverwaltung zur Anwendung kommt, nach dem Provinzoberhäupter und Bürgermeister vom Volk zu wählen sind. Der Block, dem zwischen 40 und 50 Abgeordnete angehören, umfasst die Mehrheit der Salafisten ebenso wie Mitglieder der Nationalen Front und Vertreter von Lokalinteressen aus den Nafusa-Bergen. Auch diese beiden Allianzen dürften über die Verwirklichung ihrer kurzfristigen Ziele hinaus kaum Bestand haben.

Bruchlinien der Revolution

Die wichtigste Bruchlinie im Nationalkongress verläuft weder zwischen den großen Parteien noch zwischen islamistischen und nichtislamistischen Kräften. Stattdessen prägen die Gräben, die sich durch Revolution und Bürgerkrieg aufgetan haben, auch die Lagerbildung im Nationalkongress. Auf der einen Seite stehen die Mehrheit der Muslimbrüder und Salafisten, ehemalige Mitglieder der Exilopposition sowie Vertreter von Städten oder Stadtvierteln, die während der Revolution Horte des bewaffneten Kampfes gegen das Regime waren – wie Misrata und Zawiya, die Berber-Städte der Nafusa-Berge oder die Viertel Souq al-Jum'a und Tajoura in Tripolis. All diese Akteure vertreten eine harte Linie gegenüber den Teilen der Elite, die sich mit dem Qadhafi-Regime arrangiert hatten.

Auf der anderen Seite des Grabens stehen vor allem Abgeordnete, die Städte oder Stämme vertreten, die sich an der Revolution nicht beteiligten oder das Regime unterstützten – wie große Teile der südlichen Region Fezzan oder die Städte Sirt, Bani Walid und Tarhuna. Die Allianz Nationaler Kräfte vertritt – schon aus Eigeninteresse ihrer Führungsfiguren – eine moderate Linie in der Frage, wie umfassend Funktionäre des gestürzten Regimes von der Politik ausgeschlossen werden sollen. Die beschriebene Bruchlinie wurde auch bei den Entscheidungen der Integritätsbehörde deutlich: Sieben der elf ausgeschlossenen Abgeordneten kommen aus Städten oder Regionen, die sich auf der Verliererseite der Revolution sehen; zwei weitere sind Abgeordnete der Allianz.[20] Die Schritte der Integritätsbehörde führten dazu, dass von September 2012 bis Februar 2013 weder die Tuareg noch die Stadt Bani Walid im Nationalkongress vertreten waren. Sie konnten somit keinen Einfluss auf die Regierungsbildung oder die Debatte um den Verfassungsprozess nehmen.

Das revolutionäre Lager stand auch hinter der Entscheidung von Oktober 2012, Bani Walid militärisch einzunehmen. Anlass war der Tod eines Revolutionärs aus Misrata, der in Bani Walid als Geisel festgehalten worden war. »Beschluss sieben« des Nationalkongresses ebnete den Weg für eine Militäroffensive, die in Plünderung und Zerstörung öffentlicher Einrichtungen, privater Geschäfte und Wohnhäuser in Bani Walid durch Milizionäre aus Misrata und anderen revolutionären Hochburgen mündete.[21] Der Beschluss erhielt starke Unterstützung von Abgeordneten aus Misrata, Zliten, Zawiya, Souq al-Jum'a und Tajoura – denselben Städten und Stadtvierteln, deren revolutionäre Brigaden unter dem Deckmantel der *Der' Libya*-Einheiten die Offensive gegen Bani Walid anführten. Nur etwa zwei Drittel der Abgeordneten wohnten der Entscheidung bei; viele hatten kurz zuvor den Saal verlassen, um nicht abstimmen zu müssen. Der Beschluss wurde mit 65 Stimmen angenommen; nur sieben Abgeordnete stimmten dagegen, etwa 55 enthielten sich.[22] Möglich wurde die Operation trotz der geringen Unterstützung innerhalb des National-

19 Gespräche mit Mitgliedern des Nationalkongresses, Tripolis, November 2012.

20 Ausgeschlossen wurden unabhängige Abgeordnete aus Baida, Baten al-Jabal, Tarhuna, Ubari, alle Unabhängigen aus Ghat und Bani Walid sowie ein Vertreter einer lokalen Liste aus Ubari, darüber hinaus zwei Abgeordnete der Allianz aus Zliten und Bouslim. Einzig der im Februar 2013 ausgeschlossene – formell unabhängige – Abgeordnete Mahmoud Abdelaziz al-Warfalli aus Bouslim, ein prominentes Mitglied der Muslimbrüder, passt nicht in dieses Muster. Bis März 2013 rückte nur ein Abgeordneter aus Baida für die ausgeschlossenen Mitglieder nach, alle anderen Sitze blieben vakant.

21 Gespräche und Beobachtungen, Bani Walid, November 2012.

22 Gespräche mit Abgeordneten des Nationalkongresses, Tripolis, November 2012.

kongresses durch die Militärmacht des revolutionären Lagers und die engen Verbindungen einiger Abgeordneten zu den revolutionären Brigaden, die den Beschluss umsetzten. Die Abgeordneten Salah Badi aus Misrata und Mohamed al-Kilani aus Zawiya, beide Anführer revolutionärer Brigaden, beteiligten sich aktiv an der Militäroffensive. Der Sprecher des Nationalkongresses, Omar Ahmidan aus Zliten, half dabei, falsche Nachrichten über die angebliche Festnahme eines Qadhafi-Sohns in Bani Walid zu verbreiten – dies sollte dem militärischen Vorgehen Legitimität verleihen.

»Beschluss sieben« und die darauffolgende Offensive verdeutlichten die tiefen Gräben, die sich durch Libyens Gesellschaft ebenso wie durch den Nationalkongress ziehen. Zur offenen Konfrontation im Kongress kam es schließlich mit der Debatte um das »Gesetz des politischen Ausschlusses« *(al-'Azl al-Siyasi)*. Dieses sieht vor, frühere Funktionsträger des Regimes künftig von führenden Positionen in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Sicherheitsapparat fernzuhalten. Ein umfassender Ausschluss wird von Muslimbrüdern und Salafisten sowie Abgeordneten revolutionärer Hochburgen gefordert. Die Allianz und viele unabhängige Vertreter aus dem Süden und dem Zentrum des Landes stehen einer weitgefassten Sperre dagegen ablehnend gegenüber. Die Diskussionen um das Gesetz gestalteten sich langwierig; ein Abgeordnetenkomitee war von Dezember 2012 bis März 2013 damit beschäftigt, einen Entwurf auszuarbeiten.[23] Als im März darüber abgestimmt werden sollte, umringten bewaffnete Revolutionäre den – an jenem Tag geheim gehaltenen – Versammlungsort des Kongresses und versuchten, gewaltsam ein positives Votum zu erzwingen.[24] Revolutionäre Hardliner im Nationalkongress dürften die bewaffneten Gruppen zu dieser Aktion ermutigt haben. Das Parlament weigerte sich jedoch, unter solchen Bedingungen abzustimmen. Sowohl im Nationalkongress als auch in der Öffentlichkeit sorgt die Kontroverse um den »politischen Ausschluss« für eine zunehmende Polarisierung entlang den Bruchlinien der Revolution.

23 »Kontroverse über das Gesetz des politischen Ausschlusses in Libyen«, *al-Jazeera.net*, 17.8.2012, <www.aljazeera.net/news/pages/f587e240-8894-42e9-9136-f4ad04831fa8>; »Nach harter Auseinandersetzung einigt sich der Nationalkongress auf die Bildung eines ›Ausschluss‹-Komitees von 19 Abgeordneten«, *al-Manara*, 26.12.2012, <tinyurl.com/bsbu388>.

24 »Abgeordnete des Nationalkongresses festgehalten; unter Druck wegen Gesetz des politischen Ausschlusses«, *Quryna*, 6.3.2013, <www.qurynanew.com/49660>.

Die Regierung Zeidan

Die Zersplitterung in den Reihen des Nationalkongresses spiegelt sich in der Regierung Zeidan wider. Der Premierminister hat keine eigene Machtbasis im Kongress und konnte gerade deshalb die Unterstützung der verschiedenen Lager gewinnen. Um die Rivalitäten verschiedener Interessengruppen unter Kontrolle zu halten, wurden die wichtigsten Ministerien – Äußeres, Verteidigung, Inneres, Justiz und Finanzen – mit politisch unabhängigen Personen besetzt. Ansonsten aber deckt die Regierung alle nur denkbaren Klientelen ab. Allianz und Muslimbrüder erhielten je fünf Ressorts. Die Städte Misrata und Zintan sind mit je zwei Posten vertreten. Zwei Ministerien gingen an Mitglieder der Nationalen Front von Parlamentspräsident al-Magariaf, von denen eines gleichzeitig als Vertreter der Berber gelten kann. Die Ernennung von Offizieren zu Verteidigungs- und Innenminister wurde ausgeglichen, indem man zwei revolutionäre Führungsfiguren einbezog: den ehemaligen Vorsitzenden des Militärrates von Misrata, Ramadan Zarmuh (Staatsminister für Verwundete), und den salafistischen Ideologen Sami al-Saadi (Minister für die Betreuung der Familien der Märtyrer). Bis zum Rücktritt al-Saadis war das salafistische Lager in Zeidans Regierung ebenso vertreten wie der Sufi Abdessalam Abusaad, der als Kandidat der Allianz das Ministerium für religiöse Angelegenheiten erhielt. Überproportional viele Minister kommen aus dem Nordosten Libyens, womit Zeidan einerseits die Unterstützung von Abgeordneten aus der Region sicherstellen und andererseits die außerparlamentarischen Föderalisten beschwichtigen wollte. Die Regierung entstand also durch einen Balanceakt zwischen verschiedenen Interessengruppen. Diese Vorgehensweise setzte sich fort, als in den folgenden Monaten die stellvertretenden Minister ernannt wurden. Einzelne Minister besitzen ihre jeweiligen Klientelen innerhalb und außerhalb des Nationalkongresses; die Regierung als Ganzes hat jedoch keine feste Mehrheit im Kongress.

Parlamentarische und außerparlamentarische Islamisten

Die islamistischen Kräfte inner- und außerhalb des Nationalkongresses verdienen aus zwei Gründen besondere Beachtung. Erstens gibt es nur in diesem Spektrum politische Kräfte, die wirklich landesweit organisiert sind – verglichen mit den losen Allianzen

lokaler Akteure im Rest der politischen Landschaft. Zweitens üben Islamisten starken Einfluss aus, indem sie Netzwerke nutzen, die nationale und lokale Politik, den Sicherheitssektor und religiöse Institutionen miteinander verbinden. Unter ihren Gegnern ist die Ansicht weit verbreitet, seit dem Sturz des Regimes gebe es ein großes islamistisches Komplott mit dem Ziel, die Kontrolle über Regierung und Sicherheitsapparat zu gewinnen. Solche Verschwörungstheorien sind allerdings kaum plausibel, denn im islamistischen Lager konkurrieren eine Vielzahl verschiedener Strömungen und Organisationen miteinander.

Netzwerk und Einfluss des Großmuftis

Die einflussreichste Figur im islamistischen Spektrum – und vielleicht in Libyens Politik überhaupt – ist der Großmufti Sadeq al-Ghariani. Nachdem der salafistische Rechtsgelehrte zu Beginn der Revolution wortgewaltig den Aufstand gegen Qadhafi unterstützt hatte, ernannte ihn der Nationale Übergangsrat im Februar 2012 zum ersten Direktor des wiedergegründeten *Dar al-Ifta'*, der Behörde für die Auslegung des islamischen Rechts. Das entsprechende Gesetz verdeutlichte, wie groß der Einfluss Gharianis schon damals war. Es sieht vor, dass der Mufti auf Lebenszeit ernannt wird und seine Fatwas nicht in den Medien zur Diskussion gestellt werden dürfen.

Ghariani übte mit seinen Stellungnahmen und Fatwas in den Monaten nach dem Sturz des Regimes einen stabilisierenden Einfluss aus, denn er verurteilte Angriffe radikaler Salafisten auf Sufi-Schreine und Morde an Offizieren des ehemaligen Sicherheitsapparats.[25] Im Laufe des Jahres 2012 aber ging er zunehmend in die Offensive. Einen Tag vor den Wahlen zum Nationalkongress erklärte Ghariani, es sei aus islamischer Sicht verboten, für Parteien zu stimmen, die den Geltungsbereich der Scharia einschränken wollten – ein offensichtlicher Angriff auf die Allianz.[26] Nach den Wahlen setzte er sich vehement für ein islamisches Finanzsystem ein und gab damit entsprechenden Initiativen im Nationalkongress Rückendeckung. Das militärische Vorgehen gegen Bani Walid im Oktober 2012 verteidigte er als legitim; zudem unterstützte er die Forderungen nach einer möglichst umfassenden Sperre für ehemalige Funktionsträger durch das Gesetz des »politischen Ausschlusses«. In die Debatte um die Verfassung griff er mit der Erklärung ein, die Rolle der Scharia als Quelle des Rechts dürfe nicht in einem Referendum zur Wahl gestellt werden. Gharianis Positionen zu Scharia und Verfassung stießen kaum auf Kritik und dürften während des Verfassungsprozesses konsensfähig sein, denn ein säkulares Lager gibt es in Libyen nicht.

Gharianis Netzwerke gehen über die Abgeordneten der *al-Asala*-Bewegung hinaus. Der Mufti pflegt enge Beziehungen zu ehemaligen Mitgliedern der Libyschen Islamischen Kampfgruppe. Er bemühte sich persönlich[27] um ein eigenes Budget für den bis Januar 2013 amtierenden Vizeverteidigungsminister Siddiq Mabruk. Dessen Grenzschutzeinheiten werden unter anderem von Personen aus dem Umfeld der ehemaligen Kampfgruppe geleitet.[28] Der bis November 2012 amtierende Ministerpräsident Abderrahim al-Kib hatte im August des Jahres vor dem Nationalkongress erklärt, Regierung und Sicherheitsexperten seien sich einig gewesen, dass der Grenzschutz dem Stabschef unterstellt werden müsse, doch eine »höhere Stimme« habe sie daran gehindert – womit er nur Ghariani meinen konnte.[29] Mit Mabruks Entlassung im Januar 2013 wurden die Grenzschutzeinheiten dann dem Stabschef unterstellt. Allerdings war kurz zuvor eine ehemalige Führungsfigur der Kampfgruppe zum stellvertretenden Verteidigungsminister ernannt worden – Khaled Sharif, der ebenfalls gute Beziehungen zum Großmufti unterhält.[30] Demonstrationen gegen die

25 Hanspeter Mattes, »Libyen nach Qaddafi: Islamistischer Aufschwung und Stärkung des religiösen Sektors«, in: Sigrid Faath (Hg.), *Islamische Akteure in Nordafrika*, Berlin 2012.

26 Sadeq al-Ghariani, »Vortrag zum Freitag, Oqba-Moschee«, 6.7.2012, <www.youtube.com/watch?v=vidyTP5bsIg>.

27 Siehe seine Ansprache zur ersten Sitzung der Regierung Zeidan am 21.11.2012, <www.youtube.com/watch?v=NwDjwN6gh1o>.

28 Mabruk ist ein ehemaliges Mitglied der Kampfgruppe. Als stellvertretender Verteidigungsminister für die Sicherheit von Grenzen und Infrastruktur ernannte er Abdelwahab Qaid (vgl. Fn. 14) zum Kommandeur für die südliche Region.

29 Befragung von Abderrahim al-Kib vor dem Nationalkongress, Tripolis, 24.8.2012, <www.youtube.com/watch?v=im46xFhV-sI>.

30 Al-Sharif, ehemals einer der führenden Ideologen der Kampfgruppe, wurde nach Ende des Bürgerkriegs Befehlshaber der neugegründeten »Nationalgarde«, die nach einem Beschluss des Übergangsrates von Februar 2012 zu den Grenzschutzeinheiten gehört. Die »Nationalgarde« umfasst al-Sharif zufolge 8000 Mitglieder; zuständig ist sie unter anderem für die Bewachung inhaftierter Spitzenfunktionäre des Qadhafi-Regimes, etwa Ex-Geheimdienstchef Abdallah Senoussi oder Ex-Premierminister Baghdadi Mahmoudi. Unter den Brigaden, die zur »Nationalgarde« gehören, sind mehrere Einheiten mit Führungsfiguren aus dem jihadistisch-salafistischen Spektrum.

Präsenz islamistisch geprägter Brigaden in Bengasi erklärte Ghariani schon im Vorfeld für unrechtmäßig. Kurz: Der Großmufti ist eindeutig im islamistischen Spektrum des revolutionären Lagers zu verorten.

Islamistischer Einfluss im Sicherheitssektor

Die Muslimbrüder können mit dem überparteilichen Ansehen und der religiösen Autorität Gharianis nicht konkurrieren. Doch üben sie in wichtigen Bereichen einen beachtlichen Einfluss aus. So dominieren die Muslimbrüder den im Mai 2012 gewählten Lokalrat von Bengasi sowie den nicht gewählten Lokalrat von Tripolis. In den Institutionen des Sicherheitssektors, die nach dem Sturz des Regimes gebildet wurden, sind sie stark vertreten. Ein führender Muslimbruder und ehemaliger Angehöriger des Übergangsrates, Abderrezak al-Aradi, half im September 2011 mit, das Oberste Sicherheitskomitee (OSK) Tripolis zu gründen. Weitere prominente Vertreter sind der stellvertretende Innenminister Omar al-Khadrawi sowie der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sicherheitskomitees Bengasi, Fawzi Wanis al-Qadhafi.[31]

Mitglieder der Muslimbrüder agierten auch als Führungspersonen in revolutionären Brigaden. Die Brigade 17. Februar aus Bengasi, die in den ersten Wochen der Revolution entstand, sowie die aus ihr hervorgegangene Union Revolutionärer Brigaden waren eine Koalition mehrerer Verbände mit Führungsfiguren aus dem islamistischen Spektrum. Sie konnten allerdings nicht als militärischer Arm der Muslimbrüder angesehen werden, denn sie waren heterogen zusammengesetzt und koordinierten ihr Vorgehen nicht mit der Bruderschaft. Zu ihnen zählten die Muslimbrüder Fawzi Bukatef und Mohammed Shaiter sowie Personen, die im Spektrum zwischen der Bruderschaft und dem Umfeld der Kampfgruppe angesiedelt sind, wie Ismail Sallabi oder Mohammed al-Gharabi.[32] Seit Ende 2011 haben einige prominente Anführer dieser Brigaden die Behörde für Angelegenheiten der Kämpfer aufgebaut, die ein potentiell milliardenschweres Programm zur Wiedereingliederung von Revolutionären in das zivile Leben umsetzen will.[33]

Doch der Einfluss islamistischer Gesinnungen im Sicherheitsapparat geht weit über die Netzwerke der Muslimbrüder und der Kampfgruppe hinaus. Zahlreiche Führungsfiguren der Obersten Sicherheitskomitees der *Der' Libya*-Einheiten – insbesondere jener im Osten des Landes – sind islamistischen Strömungen zuzuordnen.[34] Auch wenn sie keiner bestimmten politischen Organisation angehören, beabsichtigen sie explizit, ihren Einfluss im Sicherheitssektor für den Aufbau eines wie auch immer gearteten islamischen Staates zu nutzen.[35]

Der ideologischen Programmatik der internationalen Muslimbrüder, nicht aber dem Netzwerk der libyschen Muslimbrüder ist der einflussreiche Rechtsgelehrte Ali Sallabi zuzurechnen. Nach einem kurzlebigen Versuch, an der Bildung der *al-Watan*-Partei mit Kräften aus dem salafistischen und nichtislamistischen Spektrum mitzuwirken, hat sich Sallabi aus der Parteipolitik zurückgezogen. In deutlichen Stellungnahmen macht er sich für nationale Aussöhnung und gegen den »politischen Ausschluss« stark, zudem verurteilte er das gewaltsame Vorgehen gegen Bani Walid. Damit vertritt er eine zentristische Gegenposition sowohl zu den Muslimbrüdern als auch zu Ghariani.[36] Seine Standpunkte sind auch nicht mit

31 Fawzi Wanis war nach Gründung des OSK Bengasi zunächst dessen Vorsitzender, trat im September 2012 zurück und ist seitdem stellvertretender Vorsitzender.

32 Al-Gharabi ist der Führer und Ismail Sallabi war der stellvertretende Führer der *Rafallah Sahati*-Brigade, die sich nach dem Sturz des Regimes von der Brigade 17. Februar absonderte. Unter starkem öffentlichen Druck begab sich die *Rafallah Sahati*-Brigade im Oktober 2012 unter das Dach der *Der' Libya*-Einheiten; abgesehen von Ismail Sallabis Rückkehr in das zivile Leben besteht ihre Milizenstruktur jedoch unverändert weiter. Die einzelnen Einheiten der Brigade 17. Februar schlossen sich unter anderem dem *Der' Libya*, der Militärpolizei und dem Geheimdienst an, behielten aber ebenfalls ihre internen Strukturen. Gespräche mit Mohammed al-Gharabi und einer Führungskraft der Behörde für Angelegenheiten der Kämpfer, Tripolis, November 2012.

33 Zwei ehemalige Führungsfiguren der Brigade 17. Februar, Mustafa Saqizli und Mohammed Shaiter, sind nun Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender der Behörde.

34 Abdellatif Qaddour, bis September 2012 Vorsitzender des nationalen OSK, ist ebenso bekennender Salafist wie der Vorsitzende des OSK Tripolis, Hashem al-Bishr. Letzterer war zuvor Stellvertreter des Vorsitzenden des Militärrats Tripolis, Abdelhakim Belhadj (vgl. Fn. 15). Für Aufregung im Ausland sorgte ein Youtube-Video eines Kommandeurs des *Der' Libya* in Kufra, der vor einer schwarzen Flagge mit dem islamischen Glaubensbekenntnis *(Shahada)* sprach.

35 Gespräche mit Ismail Sallabi, Mohammed al-Gharabi und anderen Personen aus dem Umfeld der Brigaden, Bengasi und Tripolis, Juni und November 2012.

36 Gespräch mit Ali Sallabi, Tripolis, Juni 2012; »Wegen Ereignissen in Bani Walid: Ali Sallabi ruft Libyer auf, Druck auf die Regierung für die Umsetzung der Übergangsjustiz auszuüben«, *Quryna*, 13.10.2012, <www.qurynanew.com/43240>; »Sallabi zu *Quds Press*: Idee des Siegers und Besiegten kann

denen seines eben genannten Bruders Ismail zu vereinbaren, weshalb keine direkte Verbindung zwischen Ali Sallabi und den Brigaden in Bengasi gezogen werden sollte.

Extremistische Brigaden

Die Brigaden aus dem jihadistisch-salafistischen Spektrum, denen antiwestliche Anschläge in Bengasi und Misrata[37] zuzurechnen sind, agieren meist außerhalb der neuen offiziellen Institutionen. In dieses Spektrum gehören etwa die *Ansar al-Sharia*- und die *Abu Obeida ibn al-Jarrah*-Brigade aus Bengasi oder die *Faruq*-Brigade aus Misrata. Allerdings gibt es Sympathien für sie innerhalb der neuen Institutionen. Anders ist nicht zu erklären, dass die eben genannten Verbände im Juni 2012 mit schweren Waffen im Stadtzentrum von Bengasi ein »Forum für die Unterstützung der Scharia« abhalten konnten.[38] Auch die schwerbewaffneten Brigaden, die seit Qadhafis Sturz vor allem im Westen des Landes Sufi-Schreine zerstören, haben offensichtlich gute Verbindungen in die Obersten Sicherheitskomitees. Letztere sperrten in mehreren Fällen die Gegend um die Schreine ab und ließen die Extremisten gewähren.[39]

Sowohl das Scharia-Forum in Bengasi als auch die Schreinzerstörungen zeigen, dass sich radikale islamistische Brigaden zunehmend überregional organisieren oder zumindest vernetzen. Im Gegensatz zu den salafistischen Brigaden aus dem Umfeld der Kampfgruppe, die sich am revolutionären Kampf beteiligten, handelt es sich bei den Schreinzerstörern aber um eine separate Strömung, die dem saudischen Prediger Rabi' al-Madkhali folgt. Die Madkhalia-Gruppen waren – wie ein Großteil der Salafisten im Nordwesten – während der Revolution neutral und in einigen Fällen sogar offen für das Regime. Nach Qadhafis Sturz jedoch konnten sie mit offenbar massiver finanzieller Unterstützung unbekannter Herkunft ein beachtliches Waffenarsenal aufbauen.[40] Die entscheidende politische Bruchlinie in Libyen verläuft also auch durch das islamistische Spektrum. Denn die Muslimbrüder, das Umfeld der Kampfgruppe und jihadistisch-salafistische Strömungen waren von Beginn an Teil der Revolution; sie vertreten heute eine harte Linie gegenüber Entscheidungsträgern und Funktionären des früheren Regimes. Dies ist nicht zuletzt mit den harten Repressionen zu erklären, die viele Mitglieder islamistischer Bewegungen während der Qadhafi-Ära erlitten.

Lokale und regionale Kräfte: Lokalräte, Stämme, Milizen

Von islamistischen Bewegungen abgesehen, definiert und organisiert sich ein Großteil der politischen Akteure seit der Revolution auf lokaler oder regionaler Basis. Die Gründe dafür liegen einerseits im Verlauf des Bürgerkriegs, andererseits in der Stärke von lokalen und tribalen Loyalitäten. In den ersten Tagen der Revolution bildeten sich lokale Räte im Nordosten, in den Nafusa-Bergen und in Misrata, um Schutz und Versorgung der eigenen Bevölkerung sicherzustellen. Aus kleinen Einheiten, die zur Verteidigung gegen die Truppen des Regimes geschaffen wurden, entstand im Laufe des Konflikts eine Vielzahl revolutionärer Brigaden und Militärräte, die sich alle auf lokaler Ebene formierten. Nach dem Sturz des Regimes und der unkontrollierten Öffnung der militärischen Arsenale stieg die Zahl der bewaffneten Gruppen, die sich als

nicht Basis für Verfassung und Aussöhnung sein«, *al-Manara*, 17.11.2012, <tinyurl.com/cqnpm6r>.

37 Zu der Serie von Attentaten gehörten Anschläge auf das US-Verbindungsbüro in Bengasi, die Konvois des britischen Botschafters und des UN-Sondergesandten sowie die Büros des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes in Bengasi und Misrata. Der bei weitem folgenreichste Vorfall war der Anschlag auf das US-Verbindungsbüro in Bengasi am 11. September 2012, bei dem der amerikanische Botschafter getötet wurde. Eine Übersicht zu der Anschlagsserie findet sich hier: US Department of State, *Accountability Review Board Report*, 18.12.2012, S. 15f, <www.state.gov/documents/organization/202446.pdf>.

38 Auch Mitglieder der *Der' Libya*-Einheiten waren präsent, was auf Verbindungen zu dieser offiziellen Formation schließen lässt. Beobachtungen des Autors, »Forum zur Unterstützung der Scharia«, Bengasi, 7.6.2012; »Erstes Forum der Unterstützer der Scharia in Bengasi: Bewaffnete demonstrieren Stärke; Befürchtungen vor Umwandlung Libyens in einen extremistischen Staat«, *Quryna*, 14.6.2012, <www.qurynanew.com/36582>.

39 So im Falle der Zerstörung der *al-Shaab*-Moschee gegenüber dem *al-Mahari*-Radisson-Hotel im Zentrum von Tripolis im August 2012 und bei der Zerstörung des Zubeida-Schreins in Bani Walid im Oktober 2012. Gespräche mit Augenzeugen, Bani Walid, November 2012; »Al-Magariaf bezeichnet Zerstörung von Gräbern als illegalen Akt; Oberstes Sicherheitskomitee bestreitet jegliche Beteiligung an der Zerstörung des Schreins«, *al-Watan al-Libiya*, 25.8.2012, <www.alwatan-libya.com/more.php?newsid=23695&catid=1>.

40 Gespräche mit Geschäftsleuten aus dem salafistischen Spektrum, Tripolis, November 2012; Sadeq al-Raqi'i, »Die Islamisten in Libyen: Geschichte und Jihad (3)«, *al-Manara*, 14.1.2012, <tinyurl.com/b6btmkg>.

revolutionäre Brigaden bezeichneten, stark an – auch in Städten und Regionen, in denen es kaum zu Kämpfen gekommen war, wie in vielen Teilen von Tripolis. Fast überall organisierten sich lokale Militärräte.

Die Dynamiken vor Ort variierten dabei von Region zu Region. Im Nordwesten bildeten sich in den Zentren der Revolution starke lokale Strukturen, bei denen zivile Räte, Stammesführer und militärische Einheiten eng miteinander verknüpft waren. Mit dem Sturz des Regimes kam es in der nordwestlichen Region Tripolitanien zu Konflikten zwischen den revolutionären Städten und jenen Stämmen, deren Mitglieder das Rückgrat von Qadhafis Sicherheitsapparat gebildet hatten. Zur Verteidigung gegen Angriffe revolutionärer Brigaden entstanden zivil-militärische Strukturen somit auch in jenen Städten, die im Konflikt auf Seiten des Regimes gestanden oder sich nicht am Umsturz beteiligt hatten.

Im Nordosten dagegen, der seit Beginn der Nato-Intervention im März 2011 militärisch nicht mehr bedroht war, entstanden weder lokale Strukturen mit vergleichbarem inneren Zusammenhalt, noch kam es zu Konflikten zwischen einzelnen Städten oder Stämmen. Spannungen entwickelten sich vor allem zwischen dem revolutionären islamistischen Lager und Angehörigen der Streitkräfte und des Sicherheitsapparats. Lokale und regionale Interessen spielen dennoch eine wichtige Rolle für die politische Mobilisierung in der Region. Darunter fallen etwa Forderungen nach Dezentralisierung, aber auch die Bewegung für Föderalismus und regionale Autonomie.

Der Süden (Fezzan) schloss sich im letzten Monat des Konflikts weitgehend kampflos der Revolution an. Nach dem Sturz des Regimes kam es zwischen neugebildeten Stammesmilizen zu heftigen Auseinandersetzungen um die Kontrolle lokaler Strukturen. Diese Konfrontationen sind noch nicht überwunden, und zivile oder militärische Räte werden im Süden oft von einer der Konfliktparteien kontrolliert. Lokale Gruppen definieren sich vor allem anhand ihrer ethnischen oder tribalen Zugehörigkeit.

Die Lokalräte sind vielerorts ein wichtiges Forum der örtlichen Politik sowie Hauptrepräsentanten lokaler Interessen gegenüber der Zentralregierung – und das, obwohl sie im März 2013 noch immer keine verwaltungsrechtliche Grundlage und somit auch kein geregeltes Budget besitzen.[41] Organisationsform und Legitimitätsgrundlage dieser Räte variieren von Stadt zu Stadt. Nur eine Handvoll Städte hatte auf Eigeninitiative lokale Wahlen abgehalten, bevor der Nationalkongress im November 2012 entschied, dass weitere Wahlen bis zur Annahme des Gesetzes zur Lokalverwaltung verschoben werden sollten.

Allen Regionen außerhalb der großen Städte des Nordwestens ist zudem gemein, dass der Aufstieg lokaler Institutionen die Bedeutung von Stammesführern wachsen ließ. Räte der »Weisen« *(Majalis Hukama')*, wie sowohl Stammesführer als auch Standespersonen urbanen Ursprungs genannt werden, formierten sich während und nach der Revolution in fast allen Städten. Die Räte entstanden keineswegs aus dem Nichts, denn schon unter Qadhafi waren Stammesführer institutionell ins Regime eingebunden gewesen, und von den Mitgliedern der neuen Institutionen hatten nicht wenige bereits damals ähnliche Funktionen bekleidet.[42] Der Versuch, nach dem Sturz des Regimes eine nationale Instanz der neuen Räte zu schaffen, mündete in zwei miteinander rivalisierende Initiativen.[43] Sowohl die Führungsfiguren der nationalen Organisationen als auch lokale Räte vermittelten in den vielerorts ausbrechenden Konflikten. Der Erfolg dieser Bemühungen war jedoch begrenzt. Meist haperte es an der Fähigkeit des Staates, die von Stammesführern ausgehandelten Abkommen durch den Einsatz von Sicherheitskräften und die Strafverfolgung von Verbrechen abzuschirmen.[44]

Revolutionäre Machtzentren

Jene Städte, die entweder Hochburgen des revolutionären Kampfes oder der Repression des Regimes waren, sind in der Nachkriegsphase als lokale Macht-

41 Das vom Übergangsrat 2012 verabschiedete Lokalverwaltungsgesetz wurde bislang nicht umgesetzt, da der Übergangsrat dies dem Nationalkongress und einer gewählten Regierung überlassen wollte, der Nationalkongress dann aber lange mit der Regierungsbildung beschäftigt war. Ein Versuch der Regierung Anfang 2013, das Gesetz mit entscheidenden Änderungen zu verabschieden – die Gouverneure und Bürgermeister sollten nicht mehr gewählt, sondern von der Regierung ernannt werden –, wurde vom Nationalkongress und den Lokalräten blockiert.

42 Wolfram Lacher, »The Rise of Tribal Politics«, in: Jason Pack (Hg.), *The 2011 Libyan Uprisings and the Struggle for the Post-Qadhafi Future*, London 2013 (im Erscheinen).

43 Die *Majlis Hukama Libya* sowie die *Ittihad Majalis al-Hukama wal-Shura*. Im November 2012 scheiterte der Versuch, während einer Konferenz in Tarhuna eine gemeinsame Struktur zu schaffen.

44 International Crisis Group (ICG), *Divided We Stand: Libya's Enduring Conflicts*, Brüssel 2012.

zentren auf den Plan getreten. Das politische und militärische Schwergewicht in dieser Kategorie ist die nordwestliche Küstenmetropole Misrata, eine Stadt mit 300 000 Einwohnern, in der 40 000 Mitglieder revolutionärer Brigaden registriert sind.[45] Misratas Brigaden brachten in den letzten Monaten des Bürgerkriegs große Teile des staatlichen Waffenarsenals zwischen Tripolis und Sirt unter ihre Kontrolle. Zivile und militärische Institutionen auf lokaler Ebene sowie die Vertreter Misratas im Nationalkongress sind eng miteinander verknüpft. Der innere Zusammenhalt entstand im monatelangen Kampf gegen die angreifenden Truppen des Regimes. Der Lokalrat besitzt – trotz der mangelnden Klarheit seiner Befugnisse – breite Legitimität durch die Wahlen, die Misrata auf eigene Initiative im Februar 2012 abhielt. Der Großteil der revolutionären Brigaden steht unter Kontrolle des lokalen Militärrats und der Union der Revolutionäre von Misrata, die beide untereinander und mit dem Lokalrat eng kooperieren.[46] Die Revolutionäre der Stadt waren maßgeblich daran beteiligt, mit den *Der' Libya*-Einheiten und den Obersten Sicherheitskomitees neue Streit- bzw. Sicherheitskräfte zu bilden, die parallel zu den alten Institutionen agieren. Stabschef Youssef al-Mangoush und der Innenminister der Regierung Kib, Fawzi Abdel'al, unter denen diese Einheiten entstanden, sind beide aus Misrata. Die Stadt dominiert die Zentrale Division des *Der'*, in die etwa 7000 Misratis rekrutiert wurden.[47] Die Offensive der Einheit gegen Bani Walid im Oktober 2012 besaß daher eine starke lokale Dimension; eine Rolle spielte auch der historische Hintergrund der Konflikte zwischen Misrata und dem Warfalla-Stamm Bani Walids Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Einnahme der Stadt unterstrich die Militärmacht Misratas und seine Führungsrolle im revolutionären Lager.

Das ebenfalls im Nordwesten Libyens gelegene Zintan, dessen Führungsfiguren sich als Rivalen Misratas betrachten, nimmt demgegenüber den zweiten Rang ein. Auch dort entwickelte sich ein starker innerer Zusammenhalt, der im Gegensatz zum urbanen Misrata eine tribale Dimension besaß, denn Zintan ist Stamm und Stadt zugleich. Stammesführer spielten eine zentrale Rolle bei politischen und militärischen Entscheidungen in Zintan; ein aus ihnen bestehender *Shura*-Rat wurde zur höchsten Instanz, der sich sowohl der Lokal- als auch der Militärrat unterordneten.[48]

Wie den Revolutionären aus Misrata gelang es auch den Brigaden aus Zintan, ein großes Waffenarsenal unter ihre Kontrolle zu bringen.[49] Im Sommer 2012 beschossen Zintans Brigaden mehrmals Dörfer des Mashashiya-Stammes in der Umgebung der Stadt, um dessen Angehörige zur Flucht zu zwingen oder ihre Rückkehr zu verhindern.[50] Dass dieses Unterfangen scheiterte, wurde von libyschen Beobachtern als Zeichen militärischer Schwäche gewertet; zudem geht man davon aus, dass Zintans Munitionsbestände infolge der Kämpfe dezimiert sind.

Das Ansehen Zintans litt zudem, weil Brigaden der Stadt stärker noch als andere revolutionäre Einheiten in den Ruf gerieten, für willkürliche Festnahmen und weitere Vergehen in Tripolis verantwortlich zu sein. Unerfüllt blieben die Ambitionen der Zintanis, über ihren Vertreter in der Regierung Kib, Verteidigungsminister Osama Juweili, den eigenen Einfluss zu festigen. Juweili wurde von Stabschef Mangoush und dem stellvertretenden Verteidigungsminister Mabruk weitgehend entmachtet.[51] Ihm gelang es dennoch, einige revolutionäre Brigaden aus Zintan in formelle Armee-Einheiten umzuwandeln und ihnen wichtige Aufgaben zu übertragen.[52] Damit entsprach Juweili den

45 Brian McQuinn, *After the Fall: Libya's Evolving Armed Groups*, Genf 2012 (Small Arms Survey Working Paper 12), S. 13.
46 Ebd., S. 20f.
47 Ebd., S. 12.

48 Gespräche mit Mitgliedern des *Shura*-Rats und des Lokalrats, Zintan, November 2012; Lacher, »The Rise of Tribal Politics« [wie Fn. 42].
49 Noch im Mai 2012 verlegten Brigaden der Stadt 20 Panzer von einem nahegelegenen Ort nach Zintan. »Militärquelle: Revolutionäre beschlagnahmen zwanzig Panzer und verlegen sie nach Zintan«, *Quryna*, 28.5.2012, <www.qurynanew.com/35512>.
50 Zintan beschuldigt die Mashashiya, auf Seiten Qadhafis gekämpft zu haben und Verdächtige nicht auszuliefern, denen eine Beteiligung an Verbrechen des Regimes vorgeworfen wird. Der Konflikt zwischen Zintan und den Mashashiya geht auf Streitigkeiten um Landrechte zurück, die schon Anfang des 20. Jahrhunderts wiederholt zu Kämpfen zwischen den beiden Stämmen führten. Unter Qadhafi wurden diese Spannungen weiter angefacht, weil der Staat den Mashashiya Rechte für Land gab, das von Zintan beansprucht wurde. »Erneuter Beschuss al-Shgeigas; Entscheidungsträger aus Zintan verlangt Auslieferung von Verdächtigen an den Staatsanwalt«, *Quryna*, 14.6.2012; »Several Thousand Displaced in Jebel Nafusa: ICRC Claim«, in: *Libya Herald*, 12.6.2012; sowie Lacher, »The Rise of Tribal Politics« [wie Fn. 42].
51 Juweili brachte seine Frustration darüber mehrmals öffentlich zum Ausdruck. Siehe sein undatiertes Memo zur Lage in Bani Walid sowie »Defence Minister Juwaili Launches Scathing Attack on NTC«, in: *Libya Herald*, 27.6.2012.
52 Dazu gehören die Bewachung des in Zintan festgehaltenen Qadhafi-Sohns Saif al-Islam sowie die Kontrolle von

Bestrebungen der Führer Zintans, der Stadt eine Vormachtstellung über Teile des libyschen Südwestens zu verschaffen. Schon während des Bürgerkriegs hatte sich in der Stadt ein »Militärrat für die westliche Region« gebildet, der zum Großteil aus Zintanis bestand. Nachdem die Kontrolle des Regimes über den Fezzan zusammengebrochen war, begannen Brigaden aus Zintan, Ölfelder und Grenzposten in der Region zu kontrollieren. Sie rekrutierten zudem Tuareg und Tubu in ihre Einheiten, und bis heute sind sie in strategischen Positionen des Südwestens präsent.

Auch in anderen Hochburgen der Revolution bildeten sich lokale Strukturen, in denen die zivilen und militärischen Führungen eng miteinander verknüpft sind – so in Zawiya, Souq al-Jum'a und Tajoura – zwei Stadtteilen von Tripolis – sowie in den Berberstädten der Nafusa-Berge. In allen revolutionären Städten hat sich eine Führungselite herausgebildet, die vorgibt, lokale Interessen zu verteidigen. Dazu gehören die militärischen Anführer der revolutionären Brigaden, darunter viele Zivilisten, aber auch Militärs, die zu Beginn der Revolution desertierten – wie der Vorsitzende der Union der Revolutionäre Misratas, Oberst Salem Jouha, oder der Vorsitzende des »Militärrats für die westliche Region«, Oberst Mokhtar Fernana. In Misrata, einer Hafenstadt mit einer alteingesessenen Elite von Kaufleuten, spielen Vertreter prominenter Familien eine wichtige Rolle. Mitglieder der Suweihlis, Fortias, al-Dharrats und Beit al-Mals finanzierten den revolutionären Kampf während der ersten Monate und agierten als politische Vertreter Misratas. In den Nafusa-Bergen waren Stammesführer von zentraler Bedeutung. In Zawiya und Tripolis taten sich Vertreter der Muslimbrüder oder jihadistisch-islamistischer Strömungen als Führungsfiguren hervor. Die Eliten der Revolution verdanken den eigenen Aufstieg also ihrem Einsatz für den Kampf, ihrem Reichtum, ihrem althergebrachten Ansehen – oder einer Kombination dieser Faktoren. Ihr jetziger Einfluss ist eng mit der Militärmacht ihrer Städte und Brigaden verbunden.

Verlierer der Revolution

Auch die Verlierer der Revolution lassen sich nach lokalen oder tribalen Kategorien definieren. Das ist darauf zurückzuführen, dass sich Qadhafis Sicherheitsapparat zum Großteil aus bestimmten Stämmen rekrutierte – allen voran Qadhafis eigenem Stamm, den Qadhadhfa um Sirt und Sabha, sowie den Warfalla, deren Hochburg Bani Walid ist, und den Magarha aus der *al-Shate'*-Region im Fezzan. Zahlreiche weitere Gruppen galten als überwiegend regimeloyal, darunter mehrere kleinere Stämme um die Nafusa-Berge und in der nordwestlichen Küstenebene sowie die – mittlerweile vertriebenen – Bewohner der Stadt Tawarga, bei denen es sich um Nachkommen von Sklaven aus Subsahara-Afrika handelt.

All diese Gruppen teilen das Schicksal, seit dem Sturz des Regimes politisch marginalisiert zu sein und als Regimeloyalisten stigmatisiert zu werden. Viele ihrer Angehörigen sitzen in Gefängnissen, über die das libysche Justizwesen oft nur nominelle Kontrolle besitzt, und werden der Mitwirkung an Verbrechen durch das Regime beschuldigt. Einige ihrer Städte wurden bei der Einnahme durch revolutionäre Brigaden verwüstet und geplündert, wie Sirt und Bani Walid. In manchen Fällen kam es zur Vertreibung ganzer Gruppen – am berüchtigtsten war dabei die Offensive von Brigaden aus Misrata gegen Tawarga, das bis heute eine Geisterstadt ist. Misratas Einheiten verhindern jede Rückkehr der Bewohner.

Ausgrenzung und Angriffe durch revolutionäre Akteure haben dazu geführt, dass sich einige dieser Gruppen seit dem Sturz des Regimes auf lokaler oder tribaler Ebene organisierten. In Bani Walid wurden im Januar 2012 die Vertreter des revolutionären Lagers – der Lokalrat und eine revolutionäre Brigade – aus der Stadt vertrieben. Die Kontrolle übernahmen Milizen, in denen auch ehemalige Mitglieder von Qadhafis Brigaden aktiv waren. Ein Sozialer Rat von Stammesführern bildete sich, dessen Erklärungen die Revolution und den Übergangsrat keines Wortes würdigten. Diese zivil-militärische Koalition unterband jeden Versuch revolutionärer Brigaden, von außen in die Stadt einzudringen.[53] Mitglieder von Brigaden aus Misrata, Zliten und Tripolis wurden als Geiseln genommen, um sie gegen Angehörige der Warfalla auszutauschen, die in diesen Städten gefangen gehalten wurden. Als eine der Geiseln kurz nach der Freilassung starb, führte das zum schon erwähnten »Beschluss sieben« des Nationalkongresses und zur Einnahme Bani Walids. Die Mitglieder des Sozialen Rates und der Milizen flüchteten. Unter den Warfalla dürfte der Unmut gegen die nachrevolutionäre Ordnung durch die erneute Eroberung der Stadt weiter gewachsen sein.

Waffenlagern und großen Abschnitten der westlichen Staatsgrenze. Dekrete des Verteidigungsministeriums Nr. 168, 188 und 189/2012, Tripolis, 21.7. und 2.8.2012.

53 Lacher, »The Rise of Tribal Politics« [wie Fn. 42].

Auch in der *al-Shate'*-Region erhob sich Widerstand gegen revolutionäre Einheiten. Nachdem bei einer Aktion der Obersten Sicherheitskomitees ein Kind getötet worden war, kam es zu tagelangen Gefechten zwischen der lokalen Bevölkerung und Kräften der OSKs. Wie auch im Falle Bani Walids versuchte das revolutionäre Lager, die Gegner als Regimeloyalisten zu diffamieren. Die Situation beruhigte sich erst, als die Sicherheitskomitees abgezogen waren und eine als neutral geltende Armee-Einheit in der Region stationiert wurde.

In einigen Städten, die auf der Verliererseite der Revolution stehen, entwickelten sich dagegen keine geschlossenen lokalen Strukturen; stattdessen brachen interne Konflikte aus. Die Lage in Sirt und Tarhuna ist geprägt von Spannungen zwischen dem revolutionären Lager und Mitgliedern des alten Sicherheitsapparats innerhalb der lokalen Stämme. Dieser Antagonismus bildet den Hintergrund für die Mordserien in beiden Städten.[54]

Neben lokaler Solidarisierung gibt es auch Bestrebungen, die Gruppen, die sich als Verlierer des Umsturzes sehen, im Widerstand gegen das revolutionäre Lager zu einigen. An der Spitze dieser Ambitionen standen bis zur Einnahme Bani Walids die Warfalla, die in der Stadt mehrere Treffen von Stammesführern der genannten Gruppen organisierten. Die Erklärungen der Foren beschworen die historischen Bünde, die jene Stämme einten, und forderten eine nationale Amnestie, die Freilassung unrechtmäßig Gefangener sowie das Ende der Marginalisierung bestimmter Stämme.[55] Zu einem solidarischen Eingreifen dieser Gruppen während der Belagerung und Einnahme Bani Walids kam es allerdings nicht.

Föderalisten und Vertreter ethnischer Minderheiten

Zum Aufschwung lokaler Strukturen und Loyalitäten gehören auch die Bemühungen um regionale Selbstverwaltung und die lauter werdenden Forderungen ethnischer Minderheiten. Für solche Tendenzen steht unter anderem die Föderalismusbewegung, die vor allem in der ostlibyschen Cyrenaica (arabisch: *Barqa)* verankert ist. Sie nährt sich vom Gram über die politische und wirtschaftliche Marginalisierung der Region unter Qadhafi und von der nostalgischen Erinnerung an die eigene Führungsrolle während der Monarchie der fünfziger und sechziger Jahre.[56] Schon mit dem Versuch im März 2012, einen Regionalrat zu bilden und die Region für autonom zu erklären, zeigte sich allerdings, dass die Föderalisten keine breite Unterstützung in der Cyrenaica genießen. Sämtliche Lokalräte der Region, die mächtigsten revolutionären Brigaden und die in der Cyrenaica stark vertretenen Muslimbrüder lehnten den unilateralen Schritt des *Barqa*-Rates ab.[57] Der Aufruf des Rates zum Wahlboykott scheiterte, und durch gewaltsame Störaktionen von Autonomievertretern bei den Wahlen im Juli 2012 wurde die Bewegung weiter diskreditiert. Differenzen über die Vorgehensweise und politische Rivalitäten sorgten schließlich dafür, dass sie sich in mehrere Parteien und Strukturen aufsplitterte.[58]

Unterstützung bezieht die Föderalismusbewegung in der Cyrenaica vor allem aus drei Gruppen. Einige ihrer Führungsfiguren sind Intellektuelle aus Bengasi und Darna, meist ehemalige Mitglieder der Exilopposition. Eine weitaus größere Rolle spielt das Establishment bestimmter Stämme, insbesondere der Obeidat, Awaqir und Magharba – auch wenn bei weitem nicht alle Führer dieser Stämme hinter der Bewegung ste-

54 Siehe »Foreign NGOs Ordered Out of Sirte«, in: *Libya Herald*, 11.6.2012; »Mordanschlag auf Befehlshaber der Qardhabiya-Brigade«, *al-Tadhamon*, 2.10.2012, <www.irassa.com/modules/publisher/item.php?itemid=3019>; »Tarhunas Sicherheitskräfte nehmen Verdächtigen in der Ermordung al-Kanis fest«, *al-Tadhamon*, 6.11.2012, <www.libya-alyoum.com/news/index.php?id=21&textid=12437>; »Former Tarhouna NTC Representative Tortured and Killed«, in: *Libya Herald*, 7.11.2012; »Ermordung eines Geheimrats im Lokalrat Sirt«, *Quryna*, 13.11.2012, <www.qurynanew.com/44812>.

55 *Abschlusserklärung, Erstes Forum der Sozialen Kräfte Libyens*, Bani Walid, 21.5.2012; *Abschlusserklärung, Zweites Forum der Stämme Libyens,* Bani Walid, 7.6.2012.

56 Die erste Verfassung Libyens schuf 1951 ein föderales System mit den Regionen Tripolitanien, Cyrenaica und Fezzan. Nach Beginn des Erdölgeschäfts wurden 1963 föderale Strukturen aufgelöst und die Rolle der Zentralregierung gestärkt. Die Stammeseliten der Cyrenaica, die eng mit der Sanoussi-Familie des Königs alliiert waren, spielten politisch eine führende Rolle und dominierten das Militär.

57 Wolfram Lacher, »Is Autonomy for Northeastern Libya Realistic?«, *Sada*, 21.3.2012, <carnegieendowment.org/sada/2012/03/21/is-autonomy-for-northeastern-libya-realistic/a431>.

58 Dazu gehören neben dem *Barqa*-Rat die Partei der Nationalen Union, die Föderalistische Allianz und die Bewegung Jugend Barqas. Gespräch mit Mohammed Buisir, Föderalismusaktivist, Bengasi, November 2012; »Die Nationale Union, erste föderalistische Partei Libyens«, *al-Jazeera.net*, 23.11.2012, <www.aljazeera.net/news/pages/4b438793-e334-48da-81b5-9af26a4a6068>.

hen.[59] Teile der Offiziersklasse der Region, oft mit engen Verwandtschaftsbeziehungen zu den Stammesführern, bilden die dritte Gruppe. Der *Barqa*-Militärrat, eine Vereinigung von Armee-Offizieren, kann als bewaffneter Arm der Föderalisten betrachtet werden. Die Unterstützung der Offiziere für die Bewegung speist sich unter anderem aus Frustration über die eigene Marginalisierung im Sicherheitssektor, der von Einheiten aus revolutionären Brigaden dominiert wird.

In Bengasi, dem politischen und wirtschaftlichen Zentrum der Cyrenaica, sind Forderungen weit verbreitet, das politische System des Landes zu dezentralisieren und Ministerien sowie staatliche Unternehmen in die Stadt zu verlegen. Diese Anliegen sollten jedoch nicht mit jenen der Föderalisten gleichgesetzt werden. Viele Aktivisten, die auf einen Umzug staatlicher Unternehmen drängen, wehren sich ausdrücklich gegen jegliche Assoziierung mit den Föderalisten – sowie gegen Versuche der föderalistischen Bewegung, die weitaus breitere Basis der Dezentralisierungsbefürworter für ihre Sache zu instrumentalisieren. Die föderalistische Agenda wird landesweit mit Misstrauen betrachtet. Viele verdächtigen die Föderalisten, Anspruch auf die Kontrolle des in der Cyrenaica produzierten Erdöls erheben zu wollen. Und tatsächlich wird in der Bewegung lebhaft darüber debattiert, wie in einem föderalen System die Öleinnahmen zwischen nationaler und regionaler Ebene zu verteilen wären.[60]

In anderen Regionen des Landes besitzen die Föderalisten noch weniger Unterstützung als in der Cyrenaica. Zwar sind zaghafte Versuche zu beobachten, die föderale Idee auch im Süden zu verbreiten. Diese werden von lokalen Beobachtern jedoch vor allem auf die – als aussichtslos geltenden – Bestrebungen des Saif-al-Nasr-Clans zurückgeführt, seine historische Führungsrolle im Fezzan wiederherzustellen.[61] In Tripolitanien, wo zahlreiche lokale Machtzentren miteinander konkurrieren, gibt es keine politische Basis für eine regionale Einheit. Eine eigene Region der Amazigh (Berber) ist undenkbar; die Gegend um die Nafusa-Berge und die Küstenstadt Zuwara ist zu sehr mit Zentren arabischer Bevölkerungsgruppen durchsetzt, wie Zintan oder Rujban. Ähnliches gilt für die Tubu im fernen Süden und die Tuareg im äußersten Südwesten, auch wenn einige Führungsfiguren der Letzteren durchaus für föderale Gedanken empfänglich sind.[62]

Die Interessen der ethnischen Minderheiten sind folglich nur eingeschränkt mit jenen der Föderalisten vereinbar. Aktivisten der Minderheiten fordern vor allem ein Ende der politischen Diskriminierung, der sie aus eigener Sicht auch im neuen Libyen ausgesetzt sind. Ein Beispiel dafür sehen Vertreter der Tuareg etwa in dem Umstand, dass die Integritätsbehörde sämtliche ihrer vier Abgeordneten aus dem Nationalkongress ausgeschlossen hat. Aktivisten der Amazigh und der Tubu beklagen die schwache Repräsentation ihrer Gruppen in Regierung und Nationalkongress. Die Tubu prangern an, dass ihre Viertel in der Stadt Kufra durch Milizen des arabischen Zwayya-Stammes abgeriegelt werden. Weil die Staatsangehörigkeit vieler Tubu umstritten ist, fällt es ihren Gegnern in Kufra und Sabha zudem leicht, Tubu-Milizen als »tschadische Söldner« darzustellen. Von vielen libyschen Medien wird dies unkritisch übernommen. Nicht nur deshalb sind Fragen der Staatsbürgerschaft für die Tubu ein zentrales Anliegen.[63] In geringerem Maße

59 Gespräche mit Mohammed Idris al-Maghrabi, Präsident des *Majlis Hukama' Libya* und Führungsfigur der Magharba, Bengasi, November 2012.

60 Gespräch mit Mohammed Buisir, Bengasi, November 2012.

61 Die Saif-al-Nasr-Familie behauptet seit dem 18. Jahrhundert eine Führungsrolle im Awlad-Suleiman-Stamm. Im 19. Jahrhundert gelang es ihr zeitweilig, eine Oberherrschaft über den Fezzan zu behaupten – gegen den Widerstand der osmanischen Statthalter in Tripolis. Mitglieder der Familie waren von 1951 bis 1969 Gouverneure des Fezzan. Abdelmajid Saif al-Nasr, Sohn des letzten Gouverneurs, war ab März 2011 Mitglied des Nationalen Übergangsrates und stand später dem Obersten Sicherheitskomitee Tripolis vor. Ein anderes Mitglied der Familie, Abdeljalil Saif al-Nasr, ist Abgeordneter des Nationalkongresses für Sabha. Dass bei Demonstrationen in Sabha im November 2012 Forderungen nach Föderalismus laut wurden, führen lokale Beobachter auf das Betreiben der Saif al-Nasrs zurück. Abdelmajid Saif al-Nasr warb zudem unter Tuareg-Führern um Unterstützung für föderale Bestrebungen. Gespräche mit Führungsfiguren der Tuareg, Tripolis, Juni und November 2012; »Stimmen in Sabha rufen wegen Marginalisierung nach Föderalismus«, *al-Tadhamon*, 7.11.2012, <tinyurl.com/ajyx4oj>.

62 Gespräche mit Führungsfiguren der Tuareg, Tripolis, Juni und November 2012.

63 Tubu leben im Süden Libyens sowie im Norden des Tschad und Nigers. Während der Volkszählung 1954 wurde nur ein Teil der in Libyen ansässigen Tubu registriert. In den siebziger Jahren gewährte Qadhafi über 30 000 Tubu im tschadischen Aouzou-Streifen die libysche Staatsbürgerschaft. Dies wurde in den neunziger Jahren rückgängig gemacht. 2007 folgte eine Kampagne des Regimes, vielen Tubu in Kufra die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, was 2008 zu Kämpfen in der Stadt führte. Im Chaos der Revolution kam es zur Ausstellung gefälschter Papiere. Gespräche mit Tubu-Führern, Tripolis, Juni 2012; Peter Cole, *Borderline Chaos? Stabilizing Libya's Periphery*, Oktober 2012 (Carnegie Paper).

gilt das auch für die Tuareg, da die Einbürgerung von Angehörigen dieser Volksgruppe aus Mali und Niger unter Qadhafi die Grenzen zwischen libyschen und nichtlibyschen Tuareg verwischt hat.[64] Alle drei Minderheiten fordern die offizielle Anerkennung und Förderung ihrer Sprachen.

Zwar gibt es unter den Vertretern der Minderheiten durchaus divergierende Ansichten darüber, wie weit sie mit ihren Forderungen gehen sollten. Doch haben sich in allen drei Gruppen Organisationen gebildet, die breite Unterstützung genießen: die Nationale Tubu-Versammlung, der Rat der Tuareg-Stammesführer und die Vereinigung der Räte der Nafusa-Berge. Zwischen politischen Führungsfiguren und ethnisch dominierten Militäreinheiten bestehen vor allem im Falle der Tubu enge Verbindungen.

Forderungen nach Föderalismus und Rechten für Minderheiten dürften zu den kontroversesten Fragen des Verfassungsprozesses gehören. Eine Dezentralisierung zugunsten der lokalen Ebene könnte der Föderalismusbewegung den Wind aus den Segeln nehmen. Die Wünsche ethnischer Minderheiten aber dürften auf teils hartnäckigen Widerstand stoßen – insbesondere von Seiten ihrer lokalen Konkurrenten, aber auch bei chauvinistischen Vertretern der großen Städte und islamistischer Strömungen.

Das revolutionäre Lager und seine Gegner

Das revolutionäre Lager ist ein Sammelbecken verschiedenster Akteure; es bildet keine nationale politische Kraft. Die Anführer und Mitglieder der revolutionären Brigaden, die für sich den Begriff *Thuwar* (Revolutionäre) zu monopolisieren versuchen, sind bisher nur vereinzelt in die zivile Politik gewechselt. Im Nationalkongress sind sie schwach vertreten. Die Mehrzahl harrt in den neuen Einheiten von Militär und Sicherheitsapparat aus – sei es, um künftig Einfluss im Sicherheitssektor auszuüben, sei es, um Nutzen aus einer späteren Demobilisierung oder der Eingliederung in zivile Ämter zu ziehen. Doch ist denkbar, dass diese Akteure in den kommenden Jahren zunehmend in die Politik drängen werden, was weitere Umwälzungen in der politischen Landschaft mit sich bringen würde.

Den Revolutionären ist gemeinsam, dass sie verlangen, angebliche Qadhafi-Loyalisten *(Azlam al-Nidham*, Anhänger des Regimes) aus öffentlichen Ämtern zu entfernen und die Verfechter des Umsturzes am neuen Staat teilhaben zu lassen. Daraus folgen Forderungen nach Positionen in Regierung und Sicherheitsapparat oder nach finanziellen Zuwendungen. Sobald es um die Verteilung von Posten oder um Vergünstigungen geht, treten die Revolutionäre als einzelne Gruppen auf. Dies zeigte sich etwa, als hohe Regierungsvertreter wiederholt von Revolutionären gewaltsam angegriffen wurden, die Gehälter oder ärztliche Behandlung im Ausland verlangten.[65] Das allgemeine Ansehen der Revolutionäre ist wegen solcher Aktionen rapide gesunken. In der öffentlichen Debatte ist von »Scheinrevolutionären« die Rede; sogar Vergleiche mit den Revolutionskomitees des Qadhafi-Regimes werden gezogen.

Bisher sind alle Versuche gescheitert, eine gemeinsame Interessenvertretung der Revolutionäre zu schaffen.[66] Seit dem Sturz des Regimes wurden zahlreiche Vereinigungen gegründet, die vorgeben, Libyens Revolutionäre zu vertreten, sich aber meist aus Brigaden bestimmter Städte oder Stadtviertel rekrutieren.[67] Im Zuge der Regierungsbildung stürmten verschiedene

64 Qadhafi hatte seit den achtziger Jahren mehreren Tausend Tuareg aus Mali und Niger, die in der Islamischen Legion und anderen Einheiten dienten, die libysche Staatsbürgerschaft gewährt. Die Mehrheit dieser Tuareg verließ Libyen in den letzten Monaten des Bürgerkriegs. Seit Mitte 2012 kehren vereinzelt Milizionäre aus Mali und Niger in die Gegend von Ghat zurück, um sich dort den halboffiziellen Einheiten anzuschließen. Gespräche mit Führungsfiguren der Tuareg, Tripolis, Juni und November 2012.

65 Ein weiteres Beispiel ist die von der Union Revolutionärer Brigaden im Vorfeld der Wahlen erhobene Forderung, die Revolutionäre sollten eine feste Anzahl von Sitzen im Nationalkongress bekommen. »Angriff auf Sitz des Ministerpräsidenten wegen Aussetzung der Zahlungen für Revolutionäre«, *al-Watan al-Libiya*, 10.4.2012, <alwatan-libya.com/more.php?newsid=21251&catid=1>; »Protestaktion der Union Revolutionärer Brigaden vor dem Sitz des Übergangsrates; Rat akzeptiert die meisten ihrer Forderungen«, *al-Watan al-Libiya*, 1.5.2012, <tinyurl.com/cjgsd29>; »Ein Toter beim Angriff auf den Regierungssitz in Tripolis; Oberstes Sicherheitskomitee verurteilt ihn«, *Quryna*, 8.5.2012, <www.qurynanew.com/34286>.

66 Der erste Versuch war die Gründung einer Union der Revolutionären Brigaden Libyens *(Ittihad Saraya Thuwar Libya)* in Misrata am 22. September 2011, an der unter anderem Fawzi Bukatef (siehe S. 16), Abdelhakim Belhadj (Fn. 15) und Salem Jouha (S. 20) teilnahmen. Die Initiative verlief im Sande; der Name *Ittihad Saraya al-Thuwar* wurde seither ausschließlich von Bukatef für seine Vereinigung von Brigaden aus Bengasi verwendet.

67 So die von Abdelmajid Mlegta (siehe S. 10) im Oktober 2011 gegründete Vereinigung der Revolutionäre Libyens *(Tajammu' Thuwar Libya)*, die von Zintanis dominiert war.

revolutionäre Gruppen dreimal den Nationalkongress, um aus unterschiedlichen Gründen gegen die Zusammensetzung der Kabinette zu protestieren. Zeidan zog daraus den Schluss, dass es nahezu unmöglich sei, die Forderungen der Revolutionäre zu berücksichtigen, solange sie keine geeinte Interessenvertretung hätten – er habe 32 verschiedene Gruppierungen getroffen, die alle beansprucht hätten, die Revolutionäre ganz Libyens zu vertreten.[68] Seit April 2012 versuchen einige Führungskräfte beharrlich, einen Obersten Rat der Revolutionäre Libyens als nationale Plattform zu bilden. Die entsprechenden Aktivitäten beschränkten sich bislang jedoch auf wiederholte Konferenzen mit wechselnder Teilnehmerschaft, auf denen der Rat immer wieder aufs Neue gegründet wurde. Die beteiligten Personen konnten sich nicht auf die Zusammensetzung des Gremiums einigen.[69]

Das revolutionäre Lager umfasst eine wesentlich breitere Gruppe von Akteuren als nur die revolutionären Brigaden. Ein Großteil der islamistischen Strömungen kann ihm zugerechnet werden. Hinzu kommen die politischen Vertreter revolutionärer Hochburgen. Sie alle verwenden die Sprache der Revolution, um ihre Forderungen nach Einfluss zu legitimieren und den politischen Gegnern zu schaden. Unter ihrem geballten Druck verschwanden viele der Entscheidungsträger und hohen Diplomaten des alten Regimes, die in den ersten Monaten der Revolution eine wichtige Rolle gespielt hatten, aus der politischen Arena.

Dem revolutionären Lager gegenüber steht ein noch heterogeneres Sammelbecken von moderaten, konservativen und konterrevolutionären Kräften. Zu ihnen gehören jene Teile des gesellschaftlichen Establishments, die sich in der Qadhafi-Ära mit den herrschenden Verhältnissen arrangiert hatten oder kein starkes Engagement während der Revolution vorweisen können. Zahlreiche Abgeordnete der Allianz Nationaler Kräfte, aber auch viele unabhängige Vertreter im Nationalkongress fallen in diese Kategorie. Stammesführer, die sich für Aussöhnung auf lokaler und nationaler Ebene einsetzen, gehören ebenfalls dazu – sowohl jene, die schon unter Qadhafi aktiv waren, als auch in dieser Hinsicht unbescholtene Figuren. Ferner finden sich in diesem Lager große Teile der Offiziersklasse der alten Armee und Polizei, die befürchten müssen, von den Revolutionären verdrängt zu werden. Vom revolutionären Lager bedroht oder besiegt fühlen sich auch viele Angehörige jener Stämme, die als Stützen des ehemaligen Regimes galten.

Vorwiegend aus diesen Stämmen rekrutiert sich schließlich eine Gruppe, die vom politischen Geschehen im neuen Libyen weitgehend ausgeschlossen ist. Schätzungsweise 1 bis 1,2 Millionen Libyer – rund ein Sechstel der Bevölkerung – sind seit den letzten Monaten des Krieges in die Nachbarländer Tunesien und Ägypten geflohen, um Festnahme oder Rache zu entgehen.[70] Der Übergangsrat hat sie bewusst von der Wahl zum Nationalkongress ausgeschlossen.[71] Ein Versuch des Rechtsgelehrten Ali Sallabi, ihren Vertretern gegenüber zu vermitteln, wurde unter lautstarken Protesten aus dem revolutionären Lager abgebrochen.[72]

Die Gräben zwischen dem revolutionären und dem gegnerischen Lager sind seit Ende des Bürgerkriegs tie-

68 Nach eigenen Angaben konsultierte Zeidan im Zuge der Regierungsbildung die Führer mehrerer Brigaden meist islamistischer Prägung. Laut dem Vertreter der *Rafallah Sahati*-Brigade, Mohammed al-Gharabi, hatten sich Revolutionäre mehrerer Städte auf einen Kandidaten für den Posten des Verteidigungsministers geeinigt, was von Zeidan jedoch nicht berücksichtigt worden sei. Pressekonferenz von Ali Zeidan, Tripolis, 1.11.2012; Gespräch mit Mohammed al-Gharabi, Tripolis, November 2012.

69 »Elf Empfehlungen in der Bekanntgabe der Formierung des Obersten Rats der Revolutionäre Libyens«, *al-Manara*, 5.4.2012, <tinyurl.com/d82ymba>; »Offizielle Bekanntgabe des Obersten Rats der Revolutionäre«, *Quryna*, 29.7.2012, <www.qurynanew.com/39268>; »Bekanntgabe der Gründung des Obersten Rats der Revolutionäre Libyens in Tripolis«, *al Manara*, 12.8.2012, <tinyurl.com/c7yfq7v>; »Erstürmung des libyschen Parlamentssitzes; Kluft in den Reihen der Revolutionäre wegen der Regierung Zeidan«, *al-Hayat*, 2.11.2012, <alhayat.com/Details/449384>; »Die Revolutionäre halten ihre sechste Konferenz in Misrata ab, um die Organisationsstruktur des Obersten Rats der Revolutionäre zu diskutieren«, *al-Watan al-Libiya*, 10.12.2012, <tinyurl.com/a3z3yyf>.

70 Schätzungen gehen von 400 000 bis 500 000 Libyern in Tunesien und 500 000 bis 700 000 in Ägypten aus. Von ägyptischer und tunesischer Seite gibt es keine offiziellen Zahlen. Gespräch mit Ali Sallabi, Tripolis, Juni 2012; Gespräch mit ägyptischem Diplomaten, Kairo, Oktober 2012; »Libyscher Botschafter in Tunis: Mehrheit der mehr als eine halbe Million Libyer, die sich in Tunesien aufhalten, sind Flüchtige und werden von der libyschen Justiz gesucht«, *al-Manara*, 8.6.2012, <tinyurl.com/bf55xuh>.

71 Während Libyer in Washington, Ottawa, London, Berlin, Abu Dhabi und Amman wählen konnten, gab es diese Möglichkeit für die weitaus größere Zahl von libyschen Staatsbürgern in Ägypten und Tunesien nicht. Mitglieder der Wahlkommission argumentierten fadenscheinig, für Libyer in den Nachbarländern sei es ein Leichtes, zur Wahl in das Heimatland zu kommen.

72 »Sallabi: Mein Treffen mit den Mitgliedern des ehemaligen Regimes geschah im Auftrag Abdeljalils im Rahmen der nationalen Aussöhnung«, *al-Tadhamon*, 1.6.2012, <tinyurl.com/bxxzzzz>.

fer geworden. Vereinzelte Initiativen von prominenten Akteuren wie Parlamentspräsident al-Magariaf, den Verlierern des Umbruchs die Hand zu reichen, führten zu einem Aufschrei bei den Revolutionären – solche Vorstöße sind also politisch riskant.[73] Die Dynamiken, die sich zwischen den beiden Lagern entwickeln, sind nicht allein für die gegenwärtigen Konflikte verantwortlich. Doch für den Erfolg des Übergangsprozesses und die mittelfristige Stabilität des Landes sind sie am bedeutendsten.

73 Al-Magariaf reiste im September 2012 nach Bani Walid, um zu vermitteln. Er erreichte die Freilassung von drei dort gefangengehaltenen Geiseln. Im November 2012 besuchte er die Stadt Shgeiga; Anlass war die Eingliederung einer dortigen Einheit der Mashashiya in die *Der' Libya*-Einheiten. Die Visite führte zu Protesten bei Zintanis, nach deren Angaben Mitglieder der Brigaden Qadhafis unter den Soldaten der Einheit sind. »Al-Magariaf trifft die Delegation aus Zintan, die gegen seinen Besuch Shgeigas protestiert«, *Quryna*, 11.11.2012, <www.qurynanew.com/44749>.

Konfliktfelder und Konfliktdynamiken

Zwischen dem Hervortreten neuer politischer Kräfte seit Beginn der Revolution und den Konflikten, die in zahlreichen Regionen und Politikfeldern ausgebrochen sind, besteht ein direkter Zusammenhang. Teils handelt es sich um bewaffnete Auseinandersetzungen, teils um latente Spannungen, bei denen ungewiss ist, wie sie sich künftig entwickeln werden. Viele dieser Konflikte gehen auf die Bruchlinien der Revolution zwischen Städten oder Stämmen zurück, oder sie hängen in anderer Weise mit der Geschichte des alten Regimes zusammen. Von besonderer Bedeutung sind Fragen der Gerechtigkeit im Umgang mit Verbrechen, die vor, während oder nach dem Bürgerkrieg begangen wurden. Armee und Sicherheitsapparat, die zur Beendigung solcher Konflikte nötig wären, sind selbst Gegenstand teils gewaltsamer Machtkämpfe. Zu einem weiteren wichtigen Konfliktfeld dürfte sich die Wirtschaft entwickeln.

Kräfteverhältnisse zwischen lokalen und regionalen Akteuren

Die Interessengruppen, die sich seit Beginn der Revolution auf lokaler oder tribaler Ebene organisiert haben, befinden sich inhärent in Konkurrenz zueinander. Der Bürgerkrieg und die Aushandlung der Nachkriegsordnung werden von vielen Akteuren in Libyen als Nullsummenspiel verstanden, in dem einzelne Städte und Stämme so viel an Macht gewinnen, wie andere verlieren. Laut Mahmoud Shammam, Informationsminister unter Mahmoud Jibril und davor langjähriges Mitglied der Exilopposition, werden die siegreichen Städte die Verfassung schreiben und die besiegten sich der neuen Ordnung fügen müssen.[74] Der Sturz des Regimes ließ Netzwerke in Regierung, Militär und Wirtschaft zusammenbrechen, die im Wesentlichen auf bestimmten Städten und Stämmen basierten. Neue Netzwerke mit ebenfalls lokaler Basis versuchen nun, die freigewordenen Positionen zu übernehmen. Ein Großteil der Spannungen um die Besetzung von Staatsämtern ist in diesem Sinne zu verstehen.

Hinter vielen bewaffneten Konflikten steht das Ringen zwischen lokalen Machtzentren – so die Einnahme Bani Walids unter Führung von Brigaden aus Misrata sowie Angriffe von Brigaden Zintans, Zawiyas oder Zuwaras auf Städte, deren Bevölkerung als regimeloyal galt. In all diesen Fällen hängen die Konflikte mit Fragen der Justiz zusammen, insbesondere der Aushändigung von Gefangenen und Verdächtigen. Doch die darauffolgenden Militäraktionen waren immer auch eine Machtdemonstration der revolutionären Hochburgen.[75]

Rivalitäten zwischen lokalen Akteuren entwickeln sich nicht nur entlang der Bruchlinien des Bürgerkriegs. Die Gefechte zwischen bewaffneten Gruppen der Tubu und arabischer Stämme in Sabha und Kufra sind in erster Linie auf Konkurrenz um die Neuverteilung von Ressourcen zurückzuführen, wobei es vor allem um Profite aus dem blühenden Schmuggel geht. Angesichts solch heftiger Konflikte herrscht unter den auf lokaler Basis organisierten Gruppen wenig Bereitschaft, die Waffen abzugeben. Hinter der Fassade der offiziellen Einheiten, die dem Verteidigungs- und dem Innenministerium unterstehen, existieren die Strukturen vor Ort weiter – und damit bleibt auch das Potential für gewaltsame Konfrontationen erhalten. Zugleich verhinderte bisher gerade die starke lokale Dimension dieser Konflikte eine Eskalation in weitflächigere Auseinandersetzungen.

Im Zusammenhang mit Staatsaufbau und Verfassungsprozess zeichnen sich künftige Konfliktfelder für lokale Akteure ab. Die örtlichen Machtzentren teilen das Interesse, im Verfassungsprozess weitgehende Befugnisse für die unterste Verwaltungsebene zu erringen. Weitaus größeres Konfliktpotential aber ist mit der Machtverteilung *zwischen* den Städten und Regionen verknüpft. Schon Ende 2012 begannen einige Lokalräte, sich dafür einzusetzen, dass administrative

74 »An Herrn Mahmoud Shammam: Warum teilen Sie das Volk in Sieger und Besiegte auf?«, *al-Watan al-Libiya*, 27.5.2012, <tinyurl.com/al9o856>.

75 Zu Zintan vgl. Fn. 50; zu Zawiya und Zuwara: »Bemühungen um Aussöhnung zwischen den Kämpfern von Zawiya und Warshafana«, *Quryna*, 14.11.2011, <www.qurynanew.com/20066>; »Krisensitzung zur Lösung des Konflikts zwischen Zuwara und Riqdalein sowie Jumail«, *Quryna*, 4.4.2012, <www.qurynanew.com/32527>.

Grenzen nach ihren jeweiligen Interessen gezogen werden.[76] Kleinere Städte müssen befürchten, unter die Vorherrschaft ihrer größeren Nachbarn zu geraten, mit denen sie oftmals in Konflikt stehen – so im Falle von Riqdalein und Zuwara, von al-Ujeilat und Sabratha oder von Mizda und Zintan. Für Tubu, Tuareg und Berber wird der Grenzverlauf darüber entscheiden, ob sie die künftigen Verwaltungseinheiten in ihren Regionen dominieren können oder in der Minderheit sein werden. Föderalisten zielen darauf, regionale Einheiten zu bilden. Bei all diesen Fragen steht viel auf dem Spiel, denn mit der zu erwartenden Dezentralisierung wird auch eine lokale Kontrolle über Staatsausgaben verbunden sein. Das Thema dürfte einer der wichtigsten Streitpunkte des Verfassungsprozesses werden.

Mit der Schaffung eines neuen Verwaltungssystems werden die Verteilungskämpfe indes kaum beendet sein. Städte und Stämme werden aller Voraussicht nach weiter um die mit Erdöleinnahmen finanzierten Staatsausgaben konkurrieren. Für die Durchsetzung lokaler Interessen hat sich im Sicherheitsvakuum nach dem Sturz des Regimes ein Muster gewaltsamer Proteste entwickelt. Ob ihre Forderungen die Ansiedlung staatlicher Unternehmen oder Investitionen in Infrastruktur betreffen – lokale Akteure dürften ihren neugewonnenen Einfluss nutzen und damit auf absehbare Zeit sicherstellen, dass die Zentralregierung unter ständigem Druck bleibt.

Machtkämpfe um den Sicherheitssektor

Seit dem Sturz des Regimes entwickeln sich Machtkämpfe um die Kontrolle des Sicherheitssektors. Dabei geht es um die Verteilung von Posten und Budgets, aber auch um weiter reichende politische Ziele der Akteure im Sicherheitssektor. Am stärksten sind die Spannungen zwischen den Institutionen sowie der Offiziersklasse des ehemaligen Regimes einerseits und den neuen, aus Revolutionären gebildeten Einheiten andererseits. Die anlaufende Integration der zahlreichen unterschiedlichen Verbände in neue Institutionen könnte solche Spannungen weiter verschärfen.

Im Sicherheitssektor sind seit dem Sturz des Regimes die verschiedensten Einheiten entstanden. Das Oberste Sicherheitskomitee wurde nach dem Umbruch von revolutionären Führungsfiguren zunächst zur Stabilisierung von Tripolis gegründet.[77] Ende 2011 wurde im Innenministerium ein nationales OSK geschaffen, das während der ersten Jahreshälfte 2012 in ganz Libyen Zweigstellen aufbaute. Mit dem Anreiz vergleichsweise hoher Gehälter gelang es diesen Komitees, eine große Zahl von bewaffneten Gruppen und Einzelpersonen zu integrieren; Folge war, dass die sogenannten »Revolutionäre« sich exponentiell vermehrten. Bei den integrierten Gruppen handelte es sich teilweise um revolutionäre Brigaden, in weitaus stärkerem Maße aber um Milizen, die erst nach dem Sturz des Regimes entstanden waren. Die internen Befehlsstrukturen dieser Gruppen blieben von der Integration meist unberührt. Das Innenministerium besaß über die einzelnen Einheiten also keine direkte Kontrolle.[78] Im Dezember 2012 standen allein in Tripolis 26 000 Personen auf der Gehaltsliste der OSKs; landesweit wurde die Zahl im Juli 2012 auf 131 000 Mann geschätzt.[79] Dabei nahmen die OSKs seit ihrem Entstehen sowohl Polizeifunktionen als auch eine militärische Rolle wahr.

Parallel zu den OSKs entstanden Anfang 2012 die *Der' Libya*-Einheiten – regionale Koalitionen revolutionärer Brigaden. Die Initiative dazu ging von lokalen Militärräten und Brigaden im Nordosten, im Zentrum und im Westen des Landes aus.[80] Erst nach ihrer For-

76 »Sabratha schlägt die Schaffung einer Provinz vor, die einige benachbarte Regionen einschließt«, *al-Tadhamon*, 29.11.2012, <tinyurl.com/axmeyy3>.

77 Den Kern des OSK Tripolis bildeten Brigaden aus den Stadtvierteln Souq al-Jum'a und Tajoura, zwei revolutionären Hochburgen.

78 ICG, *Divided We Stand* [wie Fn. 44], S. 12–15.

79 »Supreme Security Committee to be Dissolved by End of Year, says Tripoli Chief«, in: *Libya Herald*, 17.10.2012; »SSC Demise by 31 December Reconfirmed by Hashim Bishar«, in: *Libya Herald*, 9.12.2012.

80 Im Nordwesten bildeten im Januar 2012 die Militärräte von Zintan, Zawiya, Zuwara, Surman und Jadu eine gemeinsame Einheit, die erst im März 2012 als Westliche Division des *Der' Libya* auftrat. Eine Koalition von Brigaden aus Bengasi, die Mitte Februar 2012 in den Konflikt zwischen Tubu und Zwayya in Kufra eingriff, wurde am 24. Februar als offizielle Streitkraft des Verteidigungsministeriums in *Der' Libya* umbenannt. In Misrata bildeten Ende Februar 2012 die Militärräte von Misrata, Zliten, Mesallata, Khoms, Sirt und Bani Walid eine gemeinsame Einheit, die später zur Zentralen Division des *Der'* wurde. »Bekanntgabe der Formierung einer Brigade aus 1500 Kämpfern zum Schutz der westlichen Region«, *al-Manara*, 23.1.2012, <tinyurl.com/arf2kct>; »Bildung einer Militärdivision aus 7000 Revolutionären in Libyen«, *al Manara*, 28.2.2012, <tinyurl.com/a4q95tx>; »Eine Gruppe der Koalition Revolutionärer Brigaden der östlichen Region wendet sich nach Kufra«, *al-Tadhamon*, 14.2.2012, <presssolidarity.net/archive/index.php?page=main&news_item=1985>.

mierung erhielten die neuen Verbände durch das Verteidigungsministerium einen einheitlichen Namen und die formelle Anerkennung als Sicherheitskräfte, die dem Stabschef unterstehen. Zu den drei Divisionen des *Der' Libya* im Westen, Osten und Zentrum kamen im Laufe des Jahres noch weitere hinzu;[81] bis Januar 2013 umfassten die Einheiten 13 000 Mann. Auch im Falle des *Der' Libya* blieben die internen Strukturen der Brigaden, aus denen sich die Divisionen gebildet hatten, weitgehend bestehen. Die einzelnen Divisionen wiederum agierten recht unterschiedlich. So griff die Östliche Division einseitig in den Konflikt zwischen Tubu und Zwayya in Kufra ein; auf Druck der Tubu wurde sie schließlich durch andere Brigaden aus Bengasi abgelöst. Die von Misrata dominierte Zentrale Division agierte als neutrale Macht im Konflikt zwischen Tubu und dem Awlad-Suleiman-Stamm in Sabha, unternahm später aber den bereits erwähnten Rachefeldzug gegen Bani Walid. Dennoch wurden die *Der' Libya*-Einheiten – und nicht die Überreste des regulären Militärs – vom Stabschef mit der Stabilisierung des Landes betraut.

Eine weitere Struktur aus revolutionären Brigaden entstand mit den Grenzschutzeinheiten und der sogenannten Nationalgarde. Auch die Kontrolle dieser Einheiten stellt eine Herausforderung für die Regierung dar. Der ehemalige Vizeverteidigungsminister Siddiq Mabruk weigerte sich lange, die von ihm kontrollierten Grenzschutzeinheiten dem Stabschef zu unterstellen. Als Verteidigungsminister Mohammed al-Barghathi dies durchzusetzen versuchte, kam es im Januar 2013 auf einer Luftwaffenbasis in Tobruk zu einem Schusswechsel zwischen dem Konvoi des Ministers und Männern Mabruks – laut al-Barghathi ein seinem Stellvertreter zuzuschreibender Mordanschlag. Letzterer wurde daraufhin sofort entlassen.[82]

Spezialeinheiten aus Armee-Offizieren und Revolutionären wurden mit der Nationalen Mobilen Einheit *(al-Quwa al-Wataniya al-Mutaharrika)* und der *Katiba al-Sawaeq* neu geschaffen. Dem Verteidigungs- und dem Innenministerium unterstehen zudem unzählige andere Einheiten, die sich aus ehemaligen Revolutionären oder sonstigen Zivilisten rekrutieren. Insgesamt registrierten sich 215 000 Personen bei der Behörde für Angelegenheiten der Kämpfer; davon erkannte das Amt 140 000 als Revolutionäre an.[83]

Dem gegenüber stehen die Fragmente des alten Militärs und Sicherheitsapparats. Im Militär haben sich teilweise irreguläre lokale Strukturen entwickelt, die denen der revolutionären Brigaden ähneln. Die zu Beginn der Revolution übergelaufenen Armee-Einheiten im Nordosten unterstanden zunächst General Abdelfattah Younes. Nach dessen Ermordung Ende Juli 2011 und dem Sturz des Regimes waren die Überreste des Militärs ohne nationale Struktur. Regionale Koalitionen von Offizieren begannen, aus eigener Initiative die Armee neu aufzustellen und um den Posten des Stabschefs zu konkurrieren.[84] Im Osten formierte sich eine Gruppe von Offizieren im *Barqa*-Militärrat. Unter dem im Januar 2012 ernannten Stabschef Youssef Mangush erhielten Einheiten aus revolutionären Brigaden wie *Der' Libya* eine führende Funktion, während sich reguläre Verbände zunehmend vernachlässigt fühlten.[85] Einheiten wie die 1. Infanteriebrigade in Bengasi vertraten in diesem Kontext zunehmend ihre eigenen Interessen. In den revolutionären Hochburgen des Westens spielten übergelaufene Offiziere eine zentrale Rolle in lokalen Militärräten; viele von ihnen bewegen sich weiterhin außerhalb der formellen militärischen Kommandostrukturen. Anderswo verbanden sich Mitglieder der Brigaden Qadhafis, die der Festnahme entkommen waren, auf Basis ihrer jeweiligen Stammeszugehörigkeit mit pro-revolutionären Offizieren und Milizionären zu neuen Einheiten.[86] Die Grenzen zwischen regulären und irregulären Einheiten verschwimmen zunehmend.

81 So die fünfte Division des *Der' Libya* in Tripolis; die *Rafallah Sahati*-Brigade [vgl. Fn. 32] wurde zur siebten Division. »Al-Mangoush: Die neue Armee wird klein sein und eine präzise Rollenbeschreibung haben«, *al-Tadhamon*, 4.1.2013, <tinyurl.com/af4897u>.

82 »Erklärung des Verteidigungsministers«, Amt des Premierministers, Tripolis, 19.1.2013.

83 »LD 500 Million Project Being Prepared by Warriors Affairs Commission to Get Revolutionaries Ready for Business«, in: *Libya Herald*, 17.12.2012.

84 »Reorganisation der libyschen Streitkräfte; Kontroverse um die Ernennung Heftars zum Stabschef«, *Quryna*, 21.11.2011, <www.qurynanew.com/20974>; »Militärrat Sebha debattiert die Neuformierung der libyschen Armee«, *Quryna*, 16.11.2011, <www.qurynanew.com/20383>; »General Mahmoud spricht Mangoush seine Unterstützung aus und betrachtet den Militärrat Barqa als illegal«, *Quryna*, 5.1.2012, <www.qurynanew.com/26235>.

85 Die *al-Saeqa*-Spezialeinheit aus Bengasi, die sich schon früh der Revolution angeschlossen hatte und später zur Stabilisierung des Fezzan eingesetzt wurde, war in dieser Hinsicht eine Ausnahme.

86 So die *al-Awfiya*-Brigade in Tarhuna, die 138. Infanteriebrigade in Raqdalein oder die Brigade der Mashashiya in Shgeiga, die im November 2012 in den *Der' Libya* integriert wurde. »Integration der 138. Infanteriebrigade in die libysche Armee«, *Quryna*, 31.10.2012, <www.qurynanew.com/43990>.

Die Spitzenriege der Revolutionäre, die den neuen Institutionen vorsteht, hat eine klare politische Zielsetzung: die Beseitigung jener Akteure, die sie als »Anhänger des Regimes« *(Azlam al-Nidham)* bezeichnet.[87] Viele führende Revolutionäre verstehen darunter auch sämtliche Institutionen des Sicherheits- und Militärapparates – inklusive der zu Beginn des Umsturzes übergelaufenen Verbände.[88] Angestrebt wird, neue Institutionen zu schaffen, die von Revolutionären dominiert werden und allenfalls einen Bruchteil der alten Sicherheitskräfte einschließen. Wie schon dargelegt, verfolgt ein Teil der Führungsfiguren in den neuen Institutionen zudem eine explizit islamistische Agenda.

Zentrum des Machtkampfes um die Kontrolle des neuen Sicherheitssektors ist Bengasi. Bei der Serie von Anschlägen und Morden in Bengasi und Darna seit Anfang 2012 geht es zwar teilweise um Racheakte, die im folgenden Abschnitt unter Aspekten der Justiz behandelt werden. Doch brachten solche Vergeltungstaten die alten Institutionen zusätzlich in Bedrängnis, während sie sich gleichzeitig einen Machtkampf mit revolutionären Brigaden lieferten. Einige der Gewaltakte sind eindeutig diesem Machtkampf zuzuschreiben.[89]

Die Spannungen eskalierten nach dem Schock, den der Angriff auf das US-Verbindungsbüro in Bengasi am 11. September 2012 auslöste. Die daraufhin ausbrechenden Demonstrationen richteten sich gegen zwei der größten revolutionären Brigaden islamistischer Prägung. Angehörige dieser Brigaden verdächtigen Polizei- und Armeeoffiziere, den Anlass genutzt zu haben, um einen Teil des Waffenarsenals der Brigaden unter Kontrolle zu bringen. Die Brigaden rächten sich, indem sie vorübergehend mehrere Offiziere festnahmen und den Befehlshaber der 1. Infanteriedivision zwangen, die Demonstranten zum Rückzug zu bewegen.[90] In den folgenden zwei Monaten nahmen die Anschläge weiter zu; das Geschehen gipfelte in der Ermordung des Polizeichefs von Bengasi am 20. November 2012, die wiederum eine Kette neuer Gewalttaten hervorrief.[91]

Die Konflikte, die sich in Bengasi um die Kontrolle des Sicherheitsapparats entwickelten, treten in anderen Regionen bislang nur vereinzelt auf. Lediglich im Nordosten haben die alten Strukturen der Armee den Bürgerkrieg einigermaßen intakt überstanden. Doch einzelne Netzwerke, die aus den Überresten der Armee entstanden, sind auch andernorts in Konflikt mit den neuen Einheiten geraten. Generalmajor Khalifa Heftar etwa ließ sich im November 2011 von einer Gruppe Offiziere zum Stabschef küren und versuchte einen Monat später vergeblich, Brigaden aus Zintan gewaltsam die Kontrolle über den Flughafen von Tripolis zu entreißen.[92] In der Folge gerierte er sich als Verteidi-

87 So der damalige Vorsitzende des OSK Bengasi, Fawzi Wanis al-Qadhafi, im April 2012. In ähnlicher Weise bezeichnete der Sprecher der Westlichen Division des *Der' Libya* im April 2012 die Festnahme von *Azlam* als eine der zentralen Aufgaben der Einheit. Interview mit dem Sprecher der Westlichen Division des *Der' Libya*, 12.4.2012, <www.youtube.com/watch?v=qUCmfurrs-M&feature=relmfu>; »Vorsitzender desOSK Bengasi: OSK wird binnen sechs Monaten aufgelöst, wenn die Ziele erreicht werden«, *Quryna*, 4.4.2012, <www.qurynanew.com/32554>.

88 Eine Führungskraft der Behörde für Angelegenheiten der Kämpfer – mit Hintergrund in den islamistischen Brigaden von Bengasi – sagte im November 2012: »Die Soldaten der Armee sind allesamt *Azlam*. Auch die Polizei ist belastet – sie hat für das Regime gearbeitet. Wir müssen aus den OSKs und den Besten der Polizei eine neue Institution schaffen. Aber den Großteil der Polizei und Armee müssen wir loswerden.« Gespräch, Tripolis, November 2012.

89 Siehe »Demonstrationen in Bengasi fordern Auflösung der Sicherheitsorganisationen«, *Libya al-Youm*, 7.4.2012, <www.libya-alyoum.com/news/index.php?id=21&textid=9239>; »Zusammenstöße zwischen Polizei und bewaffneter Organisation in Bengasi«, *Quryna*, 11.4.2012, <qurynanew.com/?p=33033>; »Angriff Unbekannter auf Gebäude der Militärverwaltung in Bengasi«, *al-Tadhamon*, 1.7.2012, <tinyurl.com/byk4osr>.

90 Auch der Versuch, den Vorsitzenden des *Barqa*-Militärrats, Hamed al-Hassi, zu ermorden, gehört zu den Nachwirkungen des Sturms auf die Basen der Brigaden. Mitglieder der Brigaden behaupten, Hassi habe persönlich an der Erstürmung teilgenommen. Gespräche, Tripolis, November 2012; »Hamed al-Hassi entkommt einem Mordversuch«, *al-Tadhamon*, 5.11.2012, <tinyurl.com/b2ua7>; »Belkheir: Hinter meiner Entführung steckten ausländische Akteure, die Entführer empfingen telefonische Befehle«, *Quryna*, 23.9.2012, <www.qurynanew.com/42346>; »Festnahme von 33 Offizieren in Bengasi«, *al-Tadhamon*, 22.9.2012, <tinyurl.com/aplzqno>; »Angehörige der Armee bezeichnen Mitglieder von Rafallah Sahati als Ketzer«, *al-Manara*, 25.9.2012, <tinyurl.com/aewqu3x>.

91 Als nach dem gewaltsamen Tod von Polizeichef Faraj al-Darsi ein Verdächtiger festgenommen wurde, kam es zu Angriffen auf Gebäude von Polizei und Kriminalpolizei – offenbar mit dem Ziel, den Verdächtigen zu befreien. »Unbekannte ermorden Oberst Faraj al-Darsi vor seinem Haus in Bengasi«, *al-Tadhamon*, 20.11.2012, <tinyurl.com/bdm22bm>; »Bengasi: Tote und Verletzte nach einer blutigen Nacht«, *al-Manara*, 16.12.2012, <tinyurl.com/bk4yn9f>; »Benghazi Rocked by Second Night of Attacks«, in: *Libya Herald*, 17.12.2012.

92 Heftar hatte 1969 am Putsch Qadhafis teilgenommen und kommandierte in den achtziger Jahren die libyschen Streitkräfte im Tschad. Dort geriet er 1987 mit zahlreichen Armee-

ger der Armee-Interessen, indem er revolutionären Brigaden vorwarf, den Wiederaufbau der Streitkräfte zu verhindern. Gleichzeitig bestritt er, dass die Armee das Qadhafi-Regime in irgendeiner Weise unterstützt habe. Revolutionäre Führungsfiguren verdächtigten Heftar, eine militärische Machtbasis mit Armee-Offizieren in Tarhuna aufzubauen. Im Juli 2012 entging Heftar in Bengasi einem Attentat.[93] Den Ambitionen der Offiziere aus Tarhuna setzte das OSK Tripolis im August 2012 ein Ende, indem es über 100 Panzer in der Stadt beschlagnahmen und abtransportieren ließ.[94]

Insgesamt sehen sich die Angehörigen der Offiziersklasse durch den Stabschef und die revolutionären Einheiten marginalisiert, ob aufgrund ihrer regionalen Herkunft oder ihrer Verstrickung in das ehemalige Regime. Mit Blick auf den Wiederaufbau des Militärs suchen die Offiziere sich zu positionieren. Im Dezember 2012 fand an wechselnden Veranstaltungsorten eine Reihe von »außerordentlichen Konferenzen der libyschen Armee« statt; in einer Abschlusserklärung wurde gefordert, den Stabschef zu entlassen und an seiner Stelle ein Führungsgremium zu bilden. Den Kern der Initiative bildeten Offiziere aus Zintan und der Cyrenaica, die zu Beginn der Revolution übergelaufen waren.[95]

Im März 2012 war noch nicht ersichtlich, wie und über welchen Zeitraum hinweg die Reste des alten Militärs in die neuen Einheiten integriert werden. Doch angesichts der akuten Konflikte zwischen beiden Lagern ist evident, dass der Integrationsprozess ein hohes Potential für Spannungen birgt. Das verdeutlichen auch die Versuche, ein neues Polizeiwesen aus den OSKs und den Überresten des alten Apparats zu bilden. Willkürliche Festnahmen durch Angehörige der OSKs und deren offenkundige Komplizenschaft mit Schreinzerstörern sorgten Mitte 2012 für zunehmende Kritik, auch unter Abgeordneten der Nationalversammlung. Als die Führung der OSKs drohte, wegen fehlender Rückendeckung der Regierung in Streik zu treten, legte Innenminister Abdel'al kurzzeitig sein Amt nieder. Die Regierung gab dem Druck der OSKs nach und sprach ihnen formelle Unterstützung aus.[96]

Indessen schritten die Vorbereitungen für die Auflösung der OSKs fort. Im Dezember 2012 erfolgte ein Beschluss des stellvertretenden Premierministers – in seiner Funktion als kommissarischer Innenminister –, wonach die Komitees aufgelöst und ihre Angehörigen durch ein Auswahlgremium in die Polizei integriert werden sollten. Ein Sturm von Protesten folgte; OSK-Führungsfiguren forderten die Bildung einer gesonderten Einheit, anstatt in die aus ihrer Sicht diskreditierte Polizei eingegliedert zu werden.[97] Gerüchte machten die Runde, nach denen frühere Mitarbeiter des aufgelösten Inlandsgeheimdienstes ebenfalls in die Polizei aufgenommen werden sollten. Anfang Januar 2013 stürmten Mitglieder der OSKs den Sitz des Nationalkongresses und griffen zwei Abgeordnete tätlich an. Gleichwohl begann die Eingliederung von OSK-Kräften in die Polizei – ein Prozess, der reibungsvoll und von Stadt zu Stadt unterschiedlich verlief. In Bengasi schloss sich rund die Hälfte der 12 000 OSK-Angehörigen der Polizei an. Die andere Hälfte teilte sich in zwei Gruppen auf: jene, die nur des Gehalts wegen auf den Listen des OSK gestanden hatten und nun nach Hause gingen, sowie den harten revolutionären Kern von etwa 3000 Mann, die sich den *Der' Libya*-Einheiten unterstellten. In Tripolis stimmte ein Teil der revolutionären Führungsriege der Integration zu; ein größerer Teil jedoch harrte aus und forderte

Angehörigen in Gefangenschaft; in den folgenden zwei Jahrzehnten arbeitete er mit der CIA zusammen. Nach Ausbruch der Revolution kehrte er nach Bengasi zurück.

93 »Heftar zu al-Watan al-Libiya: Entscheidungsträger behindern absichtlich den Aufbau der Armee im Dienste einiger Staaten«, *al-Watan al-Libiya*, 21.7.2012, <tinyurl.com/a8kpxh3>; »Mordversuch gegen Generalmajor Heftar«, *al-Watan al-Libiya*, 30.7.2012, <tinyurl.com/b9kjo7p>.

94 Anfang Juni 2012 entführten revolutionäre Einheiten den Befehlshaber der *al-Awfiya*-Brigade in Tarhuna, die sich aus übergelaufenen Armee-Offizieren, Milizionären und ehemaligen Mitgliedern der Brigaden Qadhafis rekrutierte und ein großes Waffenarsenal besaß. Daraufhin besetzte die Brigade für wenige Stunden den Flughafen von Tripolis, bevor sie von revolutionären Verbänden überwältigt wurde. Während der Aktion im August 2012 erbeutete eine vom OSK Tripolis geführte revolutionäre Streitkraft über 100 Panzer der *al-Awfiya*-Brigade. Wie die Offensive gegen Bani Walid wurde auch das Vorgehen gegen die Offiziere von Tarhuna vom revolutionären Lager als Kampf gegen *Azlam* dargestellt. ICG, *Divided We Stand* [wie Fn. 44], S. 24–27; »The Airport Fiasco«, in: *Libya Herald*, 8.6.2012; »Ein Toter und acht Verletzte unter Sicherheitskräften; OSK Tarhuna bringt Souq al-Ahad unter seine Kontrolle und entdeckt schwere Waffen«, *Quryna*, 22.8.2012, <www.qurynanew.com/40448>.

95 Einer der prominentesten Teilnehmer war Hamed al-Hassi [vgl. Fn. 90]. »Fünfte außerordentliche Konferenz zum Aufbau der libyschen Armee fordert Entlassung des Stabschefs«, *al-Tadhamon*, 30.12.2012, <tinyurl.com/amx6l35>.

96 ICG, *Divided We Stand* [wie Fn. 44], S. 13.

97 »Abdelkarim erlässt Beschluss zur Integration der Angehörigen des OSK in das Innenministerium«, *al-Tadhamon*, 12.12.2012, <tinyurl.com/a2kpazu>; »Ablehnung des Beschlusses des Innenministeriums zur Integration der OSKs; Forderungen nach der Bildung eines separaten Sicherheitsorgans«, *al-Manara*, 12.12.2012, <tinyurl.com/bz6qcjy>.

weiter die Schaffung einer Einheit, deren Kompetenzen über jenen der regulären Polizei stehen sollten. Im März 2013 halten die Spannungen um Kräfteverhältnisse und Strukturen bei den Sicherheitskräften an; der Ausgang ist nicht abzusehen.

Konflikte um Justiz und Aussöhnung

Ein Großteil der gegenwärtigen Konflikte und politischen Spannungen hängt mit Fragen der Strafverfolgung und der Aufarbeitung von Verbrechen zusammen. Dabei stechen drei Aspekte hervor: die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch des Justizwesens; der Machtkampf um seinen Neuaufbau; und die Auseinandersetzung über den Umgang mit dem Erbe und den Verbrechen des alten Regimes.

Von stärkster Relevanz für die aktuellen Konflikte ist der Zusammenbruch des Justizwesens. Richter und Staatsanwälte sind wegen ihrer Rolle in der Qadhafi-Ära diskreditiert und sehen sich durch die zahllosen bewaffneten Einheiten bedroht – kurz: Sie sind handlungsunfähig. Opfer von Gewalttaten oder ihre Angehörigen können sich durch Gerichte daher kein Recht verschaffen. Wo die vermeintlichen oder tatsächlichen Täter anderen Gruppen als die Opfer angehören, kommt es zur Solidarisierung von Familien, Städten oder Stämmen; oft wird dann zur Selbstjustiz gegriffen. Diese Dynamik hat in sämtlichen lokalen Konflikten seit dem Sturz des Regimes zur Eskalation beigetragen. Viele Auseinandersetzungen hängen zudem mit Festnahmen zusammen, die meist revolutionäre Brigaden oder die von ihnen dominierten neuen Einheiten durchführen. Tausende von Personen, die man beschuldigt, in den Militärverbänden oder dem Sicherheitsapparat des Regimes an Gewalttaten beteiligt gewesen zu sein, sitzen in Gefängnissen, die meist nur nominell der Regierung unterstellt sind. Die Inhaftierten gehören zum Großteil den Städten und Stämmen an, die sich auf der Verliererseite der Revolution sehen. Gerichtsverfahren sind bisher noch nicht angelaufen. Internationale Menschenrechtsorganisationen und Anwälte des Internationalen Strafgerichtshofs betonen zu Recht, dass Führungsfiguren des alten Regimes vom libyschen Justizwesen gegenwärtig keinen fairen Prozess erwarten könnten. Weitaus folgenreicher für die Stabilität des Landes wird jedoch der Umgang mit lokalen Konflikten sein. Zu befürchten ist, dass es zu Siegerjustiz kommt – dass etwa Tätern aus Tawarga der Prozess gemacht wird, nicht aber jenen aus Misrata.

Der Fall des ermordeten Generals Abdelfattah Younes verdeutlicht die Probleme. Schon bald nach dem Verbrechen im Juli 2011 begannen die Obeidat, Younes' Stamm, Druck auf die politische Führung auszuüben, um eine Strafverfolgung der Täter zu erreichen. Vorwürfen aus Younes' Familie zufolge waren Spitzenvertreter des Übergangsrates, Richter und Mitglieder salafistischer Brigaden in die Festnahme und anschließende Ermordung des Generals verwickelt.[98] Ein Militärgericht in Bengasi begann zu ermitteln. Im November 2011 veröffentlichte der Generalstaatsanwalt eine Liste mit den Namen von 17 Verdächtigen; darunter befand sich nur ein Mitglied der politischen Führung. Nach mehreren fehlgeschlagenen Attentaten wurde einer der Verdächtigen im Juni 2012 ermordet. Derweil beschloss das Militärgericht, die Untersuchung auf ehemalige politische Entscheidungsträger auszuweiten. Bis zu diesem Zeitpunkt war erst einer der Verdächtigen festgenommen worden, während der Rest unbehelligt blieb.[99] Nachdem das Militärgericht im Dezember 2012 den ehemaligen Vorsitzenden des Übergangsrates, Mustafa Abdeljelil, in der Angelegenheit verhört hatte, kam es in mehreren Städten zu Protesten. Unter öffentlichem Druck – aber vermutlich erleichtert, sich der Sache entledigen zu können – stellte das Militärgericht daraufhin die Ermittlungen ein.[100] Damit war der Fall ohne zuständiges Gericht. Unterdessen schworen die Obeidat Rache, und tatsächlich kam es im Januar 2013 zu einem erneuten Mordanschlag auf einen der Verdächtigen.[101]

Fortschritte bei der gerichtlichen Ahndung von Verbrechen hängen also nicht nur vom Aufbau eines neutralen Sicherheitsapparats ab, sondern auch von der Reform des Justizwesens selbst. Doch auch in die-

98 »Die Ermordung von General Younes: Eine Verschwörung auf der Ebene des Staates«, *correspondents.org*, 25.9.2012, <www.correspondents.org/ar/node/833>.

99 »Generalstaatsanwalt enthüllt Namen der Verdächtigen im Fall der Ermordung von Abdelfattah Younes und seiner Begleiter«, *Brnieq*, 28.11.2011, <tinyurl.com/a9yrkhv>; »Untersuchung der Rolle hoher Entscheidungsträger des Übergangsrates im Mordfall Abdelfattah Younes«, *al-Watan al-Libiya*, 31.5.2012, <tinyurl.com/ao4mowv>; »Benghazi Official Linked to Younis Killing Assassinated«, in: *Libya Herald*, 21.6.2012.

100 »Abdel Fattah Younes Case: Libya Tribunal Quits in Jalil Row«, *BBC News*, 20.12.2012.

101 »Abdelfattah Younes' Familie: Strafverfolgung der Mörder – oder Rache«, *Quryna*, 5.12.2012, <www.qurynanew.com/45785>; »Man Killed in Car Bomb Murder Attempt against Benghazi Islamist«, in: *Libya Herald*, 7.1.2013.

ser Hinsicht tun sich Gräben auf. Ein Gesetzentwurf des Hohen Richterrats zur Justizreform sieht vor, dass sämtliche Richter des Landes entlassen und nach einer Prüfung durch ein fünfköpfiges Komitee neu ernannt oder pensioniert werden.[102] Es überrascht wenig, dass sich in der Richterschaft Opposition gegen das Gesetz formiert – die gegnerische Seite sieht darin wiederum Machenschaften der *Azlam*.[103] Indes argumentieren auch neutrale Beobachter, dass die geringe Mitgliederzahl des Komitees einer politischen Einflussnahme auf die Ernennung der Richter Tür und Tor öffne.[104] Zu befürchten ist zudem, dass bewaffnete Gruppen die Einsetzung neuer Richter und Staatsanwälte zu blockieren suchen. Bereits heute kommt es vor, dass entsprechende Kandidaten durch Drohungen eingeschüchtert werden.[105]

Während die Strafverfolgung von Verbrechen stagniert, greift die Regierung zu vermeintlichen Alternativlösungen, um das Erbe des Regimes und des Bürgerkriegs aufzuarbeiten. Nach dem Gesetz zur Übergangsjustiz von Februar 2012 setzte der Übergangsrat im Mai des Jahres eine Kommission für Wahrheit und nationale Aussöhnung ein. Das Gesetz traf allerdings keine konkreten Vorkehrungen zur Strafverfolgung von Verantwortlichen; die entsprechenden Abschnitte zur Einsetzung von Gerichten waren aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden.[106] Ohnehin blieb die Kommission fast völlig tatenlos. Stattdessen setzten sich Stammesführer aus eigener Initiative für Vermittlung und Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien ein.[107] Auch diesen Bemühungen fehlte jedoch die Rückendeckung durch die staatliche Justiz und die Sicherheitskräfte, weshalb die getroffenen Abkommen oft schon nach kurzer Zeit scheiterten. Im März 2013 legte die Regierung Zeidan dem Nationalkongress eine leicht abgeänderte Version des Gesetzes zur Übergangsjustiz vor.

Im Sinne der Vergangenheitsbewältigung werden zugleich Versuche unternommen, ehemaligen Funktionären des Regimes eine erneute Rolle in Politik, Verwaltung oder öffentlichem Sektor zu verwehren. Der Übergangsrat legte zu diesem Zweck eine Reihe von Kriterien fest, die künftige Entscheidungsträger erfüllen müssen, und schuf im Januar 2012 die sogenannte Integritätsbehörde.[108] Dies geschah unter dem Eindruck der heftigen öffentlichen Kritik, die sich an der Präsenz ehemaliger Führungspersonen im Übergangsrat und an der Rückkehr früherer Funktionäre entzündet hatte. Doch auch um die Entscheidungen der Behörde entwickelten sich in der Folge hitzige Kontroversen – umso mehr, als sie nicht offenlegte, aus welchen Gründen sie einzelne Kandidaten oder Amtsträger ablehnte. Manche der Betroffenen ignorierten die Beschlüsse monatelang; in anderen Fällen wurden die Entscheidungen von Berufungsgerichten annulliert.[109] Dem revolutionären Lager wiederum gingen die Schritte der Integritätsbehörde nicht weit genug, was zu den schon erwähnten Bemühungen um das »Gesetz des politischen Ausschlusses« führte.

Angesichts mangelnder Fortschritte im Justizwesen und der sich hinziehenden Diskussion über den »politischen Ausschluss« ergriffen radikale Kräfte unterdessen ihre eigenen Maßnahmen. Vor allem in Bengasi und Darna kam es zu Mordserien, denen ehemalige Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes und Ange-

102 Der Hohe Richterrat wurde nach dem Sturz des Regimes vom Übergangsrat neu besetzt. Sein Vorsitzender ist der Präsident des Obersten Gerichts; weitere Mitglieder sind der Generalstaatsanwalt und die Vorsitzenden der Berufungsgerichte. Gesetzentwurf zur Reorganisation der Richterschaft, <www.aladel.gov.ly/main/uploads/sections/352_new-law.pdf>.

103 »Richter und Gerichtsräte aus Bengasi versuchen, das Gesetz zur Reorganisation der Richterschaft Libyens zu verhindern«, *al-Manara*, 17.10.2012, <tinyurl.com/acv66pp>; »Richter und Gerichtsräte der Obersten Gerichte und der Berufungsgerichte lehnen Entwurf des Hohen Richterrats für Gesetz zur Reorganisation der Justiz ab«, *al-Watan al-Libiya*, 18.11.2012, <tinyurl.com/auarbz9>.

104 Gespräch mit dem Justizexperten Professor Alhadi Bouhamra, Tripolis, November 2012.

105 »Gefährlicher Präzedenzfall: Angehörige der Präventiven Sicherheit in Bengasi verhindern die Umsetzung eines Beschlusses des Hohen Richterrats«, *al-Manara*, 23.10.2012, <tinyurl.com/ak2sere>.

106 Gespräch mit Salah Marghani, dem späteren Justizminister, der am Gesetzentwurf mitgearbeitet hatte, Tripolis, Juni 2012; Gesetz 17/2012 des Nationalen Übergangsrates »Zur Festlegung der Grundsätze der nationalen Aussöhnung und Übergangsjustiz«, Tripolis, 26.2.2012.

107 Gespräche mit Justizexperten, Tripolis, November 2012; »Komitee der nationalen Aussöhnung fordert Bildung einer Behörde für nationale Aussöhnung und weist die Herabsetzung seiner Bemühungen zurück«, *Libya al-Youm*, 22.12.2012, <tinyurl.com/b8qef9w>.

108 Die vollständige Bezeichnung lautet »Oberste Behörde für die Umsetzung der Kriterien der Integrität und des Patriotismus« *(al-Hai'a al-Ulya li-Tatbiq Ma'air al-Nazaha wal-Wataniya)*; siehe das entsprechende Gesetz 26/2012 des Nationalen Übergangsrates, Tripolis, 4.4.2012; »Der Nationale Übergangsrat legt Kriterien der Integrität für die Besetzung von Staatsämtern fest«, *al-Manara*, 17.12.2011, <tinyurl.com/a5wxbpx>.

109 »Erklärung der Behörde für die Umsetzung der Kriterien der Integrität und des Patriotismus: Einige der Entscheidungen wurden nicht umgesetzt«, *al-Manara*, 1.6.2012, <tinyurl.com/ahmoj6p>.

hörige von Qadhafis Revolutionskomitees zum Opfer fielen.[110] Teilweise handelt es sich dabei wohl um persönliche Racheakte für Repressionen des Regimes, die Islamisten und sonstige Oppositionelle vor allem in den achtziger und neunziger Jahren erfuhren. In anderen Fällen dürfte es um politische Säuberungen auf eigene Faust gehen. Und mitunter ist auch nicht auszuschließen, dass sich Elemente des ehemaligen Regimes für den Verrat rächen, den Überläufer des Sicherheitsapparats zu Beginn der Revolution begingen. Das revolutionäre Lager aber – vor allem sein islamistisches Spektrum – sieht die Ursache solcher Attentate vor allem darin, dass gegen ehemalige Regimefunktionäre nicht konsequent genug vorgegangen werde, obwohl schon deren bloße Präsenz die Spannungen verschärfe.[111] Solange dieses Klima anhält und auch an eine neutrale gerichtliche Aufarbeitung nicht zu denken ist, haben Initiativen für nationale Aussöhnung keine Aussicht auf Erfolg.

Wirtschaft und Staatshaushalt: Ein zukünftiges Konfliktfeld

Dass die Wirtschaft sich zu einem weiteren Konfliktfeld entwickelt, beginnt sich erst abzuzeichnen. Dabei geht es in erster Linie um die Staatsausgaben und den öffentlichen Sektor, um Eigentumsrechte sowie die Kontrolle von Schmuggel. Letztere ist bereits Gegenstand bewaffneter Auseinandersetzungen.

Libyens Wirtschaft hängt fast völlig von den Staatsausgaben ab, die sich aus den Erdöleinnahmen speisen. Die entsprechenden Mittel fließen in unterschiedlichste Bereiche: Subventionen für Lebensmittel, Brennstoff, Strom und Wasser; Investitionen in Infrastruktur und Immobilien; Beschäftigung im öffentlichen und parastaatlichen Sektor; Renten und Sozialhilfe. Während Investitionen in die Infrastruktur seit Ausbruch des Bürgerkriegs auf Eis liegen, steigen andere Ausgabenposten stark an. Da Qadhafi im März 2011 die Gehälter im öffentlichen Dienst verdoppeln ließ und weil Lokalräte sowie regionale Zweigstellen der Ministerien nach der Revolution eine Zeitlang neue Beamte einstellten, erhöhten sich die Ausgaben für Gehälter 2012 auf 19 Milliarden Dinar (11 Milliarden Euro), gegenüber 8 Milliarden Dinar im Jahr 2010.[112] In dieser Zahl noch nicht eingeschlossen sind die Gehälter für die neuen Einheiten, die dem Innen- oder dem Verteidigungsministerium unterstellt wurden, wodurch rund 200 000 Geldempfänger hinzukamen. Der Übergangsrat suchte sich mit einmaligen Pauschalzahlungen an die gesamte Bevölkerung aus Anlass von Feiertagen beliebt zu machen.[113] Der Nationalkongress wiederum hob Leistungen wie Kinder-, Frauen- und Wohngeld an, die ebenfalls der breiten Masse zugutekommen.[114] Während tatsächliche oder vermeintliche Revolutionäre darauf setzen, für ihre Demobilisierung finanzielle Leistungen zu erhalten, werden solche Erwartungen von der Behörde für Angelegenheiten der Kämpfer noch in die Höhe geschraubt.[115] Vertreter der Kriegsversehrten der Revolution hielten im Februar und März 2013 wochenlang den Sitz des Nationalkongresses besetzt – mit für sie äußerst erfolgreichem Resultat.[116] Auch die Veteranen

110 Die Vorfälle sind zu zahlreich, um im Einzelnen aufgeführt werden zu können. Einige Beispiele: »Autobombe tötet ehemaligen Hilfsoffizier im Inlandsgeheimdienst in Bengasi«, *Quryna*, 13.6.2012, <www.qurynanew.com/36536>; »Ermordung eines hohen Geheimdienstoffiziers, Verletzung eines zweiten bei Explosion einer Autobombe in Bengasi«, *Quryna*, 3.9.2012, <www.qurynanew.com/41006>; »Ehemaliger Inlandsgeheimdienstmitarbeiter in Darna angeschossen«, *al Tadhamon*, 5.9.2012; »Ermordung eines Anführers der Revolutionskomitees in Darna«, *al-Tadhamon*, 31.10.2012, <tinyurl.com/asx9sog>; »Ermordung des pensionierten Majors Abdelkarim al-Warfalli«, *al-Tadhamon*, 6.11.2012, <tinyurl.com/apldxxe>; »Bengasi: Neuer Anschlag trifft Bürger, dem Verbindungen zum Inlandsgeheimdienst Qadhafis nachgesagt werden«, *al-Manara*, 8.11.2012, <tinyurl.com/anyb4oa>; »Tötung eines Mitglieds der Revolutionskomitees in Darna«, *al-Tadhamon*, 19.12.2012, <tinyurl.com/bqjf2tt>.

111 So ein ehemaliges Mitglied einer islamistischen Brigade in Bengasi: »Die Mitglieder der ehemaligen Sicherheitsorgane sollten verschwinden. Sie sind Mörder; ihre Präsenz ist destabilisierend. Wir brauchen den ›politischen Ausschluss‹, damit die Ermordungen aufhören.« Gespräch, November 2012. Ähnlich äußerte sich die Partei Gerechtigkeit und Aufbau: »Gerechtigkeit und Aufbau: Die Teilnahme der Mitglieder des ehemaligen Regimes am politischen Prozess stört den nationalen Konsens«, *al-Manara*, 12.12.2012, <tinyurl.com/c5c4msa>.

112 »Regierung Kib gab 5 Mrd. Dinar für Mobiliar aus«, *Quryna*, 7.1.2013, <www.qurynanew.com/47187>.

113 Gesetz des Nationalen Übergangsrates 10/2012, »Zur Auszahlung eines Geldbetrags an Libyens Familien aus Anlass des ersten Jahrestags der Revolution des 17. Februar«, Tripolis, 15.2.2012.

114 »Entsprechend dem Vorschlag von Gerechtigkeit und Aufbau: Nationalkongress beschließt Änderung des Familien- und Wohngeldes für libysche Bürger«, *al-Manara*, 6.11.2012, <tinyurl.com/bburz5d>.

115 »LD 500 Million Project Being Prepared« [wie Fn. 83].

116 Den Kriegsversehrten wurden lebenslange monatliche Zahlungen von 2000 Dinar (rund 1200 Euro) zugesprochen; ihnen werden zudem Fahrzeuge und Wohnungen zur Verfügung gestellt. »Das Kabinett macht den Kriegsversehrten

des Tschadkriegs machen mobil, um Leistungen zu erhalten.[117] Und im gegenwärtigen institutionellen Chaos bestehen vielfältige Möglichkeiten, solche Zahlungen zu manipulieren oder zu unterschlagen.

Verteilungskämpfe entwickeln sich auf der Basis lokaler Forderungen. Viele der Lokalräte üben – mitunter erfolgreich – Druck auf die Regierung aus, um finanzielle Zuweisungen einzeln auszuhandeln. Die Ölsektor-Gewerkschaft im Osten Libyens verhandelt mit der Regierung über den Umzug der National Oil Corporation (NOC) nach Bengasi; dabei kann sie auf breite politische Unterstützung in der Stadt zählen.[118] Immer häufiger kommt es zu bewaffneten Protesten, mit denen materielle Forderungen durchgesetzt werden sollen. Gruppen, die vorgeben, die Interessen einzelner Städte, Stämme oder Brigaden zu vertreten, besetzen Ölfelder, Raffinerien oder Exportterminals und bringen den Betrieb dort zum Erliegen.[119] Einige der Brigaden, die in Ölfördergebieten stationiert wurden – angeblich um sie zu schützen –, haben damit begonnen, Schutzgelder zu erpressen.[120] Die Regierung steht den Forderungen solcher bewaffneter Akteure weitgehend machtlos gegenüber und würde mit einem harten Vorgehen nur eine Eskalation riskieren. Insgesamt besteht also seit Ende des Bürgerkriegs die Tendenz, dass finanzielle Leistungen des Staates stark ausgeweitet werden. Die zunehmende Freigiebigkeit der Regierung ist dabei ein Zeichen ihrer Schwäche.

Auch bei den Verteilungskämpfen im öffentlichen Sektor treten die Bruchlinien der Revolution zutage. Die Säuberung staatlicher Unternehmen von der Elite des Qadhafi-Regimes dauert an und weitet sich auf die zweite Reihe der leitenden Angestellten aus. Entlassungen erfolgen dabei sowohl auf Initiative von Regierung und Integritätsbehörde als auch durch Druck der Belegschaften oder der Öffentlichkeit. Die erste Generation des Führungspersonals, das während oder nach der Revolution ernannt wurde, gerät mittlerweile ebenfalls ins Visier öffentlicher Kritik. So entwickelten sich heftige Kontroversen um die vom Übergangsrat eingesetzten Treuhandkomitees der großen staatlichen Investmentfonds. Die Gründe für Rücktrittsforderungen der Belegschaft reichen von der Inkompetenz des Führungspersonals bis zu persönlichen Rivalitäten. Oftmals werden aber auch Anschuldigungen laut, die eine Verstrickung in das ehemalige Regime betreffen.[121]

Die Machtkämpfe rivalisierender Netzwerke um die Besetzung der freiwerdenden Stellen stehen noch am Anfang. Erkennbar ist schon jetzt, dass Personen angegriffen werden, die den Netzwerken um Mahmoud Jibril zuzurechnen sind und nach der Revolution lukrative Posten übernahmen.[122] Auch die Minis-

Zugeständnisse«, *Quryna*, 22.2.2013, <www.qurynanew.com/49258>.

117 »Tripolis nimmt einen Plan für Zahlungen an Veteranen des Tschadkriegs entgegen«, *al-Tadhamon*, 1.11.2012, <tinyurl.com/a5chbtv>.

118 »Benghazi Union Rejects Minister and Demands NOC Headquarters«, in: *Libya Herald*, 12.12.2012.

119 Die Besetzung des Zuweitina-Terminals bei Ajdabiya im Dezember 2012 und Januar 2013 durch eine kleine Gruppe bewaffneter Demonstranten verursachte Verluste von rund 25 Millionen Dollar. »Al-Aroussi: Die Verluste durch die Proteste im Ölhafen Zuweitina betragen täglich 1,3 Millionen Dollar«, *Quryna*, 8.1.2013, <www.qurynanew.com/47240>. Ein weiteres Beispiel sind Proteste bei Ubari. »Tebu Say Obari Oil Field Protest Over after Meeting with Minister«, in: *Libya Herald*, 19.12.2012.

120 »Bewaffnete aus Zintan hindern ein AGOCO-Flugzeug an der Landung im Ölfeld Hammada«, *Quryna*, 7.12.2012, <www.qurynanew.com/45911>.

121 Scharfer Protest erhob sich gegen die Ernennung von Rafiq al-Nayedh zum Geschäftsführer der *Libyan Investment Authority* (LIA) durch Mahmoud Jibril. Al-Nayedh war schon vor der Revolution in leitender Funktion bei der LIA tätig gewesen. Gegen seinen Nachfolger Mohsen Derija – dem keine Verbindungen zum alten Regime vorzuwerfen sind – regte sich ebenfalls Unmut in der Belegschaft. Derija wurde im Februar 2013 von Zeidan entlassen, widersetzte sich diesem Beschluss aber, indem er mit einer bewaffneten Gruppe aus seiner Heimatstadt Misrata weiterhin sein Büro aufsuchte. Der neue Geschäftsführer des *Libyan African Investment Portfolio*, Ahmed Kashada, wird angegriffen, weil er mit Mustafa al-Kharrubi, einem Wegbegleiter Qadhafis, verwandt ist. »After Gaddafi: A Spent Force«, in: *Financial Times*, 8.9.2011; »Die Mitarbeiter der LIA demonstrieren für den Schutz der Gelder des libyschen Volkes«, *al-Watan al-Libiya*, 1.7.2012, <tinyurl.com/aqnlaeb>; »Zeidan: Ich habe die Entlassung der Geschäftsführer der LIA und des Sozialen Solidaritätsfonds beschlossen«, *al-Tadhamon*, 1.3.2013, <tinyurl.com/ccva25v>.

122 Neben al-Nayedh gehört etwa Faraj al-Sayeh, der zwischen Ende 2011 und Anfang 2013 amtierende Geschäftsführer des Sozialen Solidaritätsfonds, zum Netzwerk um Jibril. In der Belegschaft des Fonds hält sich hartnäckiger Widerstand gegen ihn. Al-Sayeh hatte schon unter Qadhafi mit Jibril im *Economic Development Board* gearbeitet. Während der Revolution gehörte er zu Jibrils engsten Mitarbeitern im Exekutivkomitee des Übergangsrates. Al-Sayehs Bruder Jum'a wurde, unterstützt von Jibrils Allianz, als Unabhängiger in den Nationalkongress gewählt. Ein weiteres Beispiel ist Wafiq al-Shater, während der Revolution Mitglied des von Jibril eingesetzten Stabilisierungskomitees und nun Geschäftsführer von *LAP Green*, dem staatlichen Telekommunikations-Investmentfonds. Al-Shaters Vater Abderrahman gehörte mit seiner Partei zeitweise der Allianz an und zog ebenfalls als Unabhängiger in den Kongress ein. »Die Mitarbeiter des Sozia-

ter der Regierung Kib beriefen Verbündete in die Unternehmen ihrer Arbeitsbereiche; diese Funktionsträger sehen sich nun ähnlichen Ambitionen der Amtsnachfolger unter Zeidan ausgesetzt. Viele der riesigen Konglomerate, die Libyens staatliche Investitionen in Infrastruktur und Immobilien tätigten, stehen indes noch still; bevor sie die Arbeit wieder aufnehmen, dürfte die Besetzung ihrer Führungsriegen Anlass zu Spannungen unter den neuen Eliten des Landes geben. Zum regulären Betrieb zurückkehren können die großen Unternehmen aber auch erst dann, wenn die korrupten Strukturen entwirrt sind, die sich um viele ihrer Verträge ranken. Zu diesem Zweck wurden Untersuchungskomitees eingesetzt, die bisher allerdings keine Ergebnisse vorgelegt haben.[123] In der Zwischenzeit konzentrieren sich die Machtkämpfe auf jene Regierungsämter, die es politischen Akteuren erlauben werden, Einfluss auf die Ernennung der künftigen Führungskräfte zu nehmen.

Bei Eigentumsrechten sind ebenfalls Konflikte zu erwarten – und auch sie werden entlang der Bruchlinien der Revolution verlaufen. In den späten siebziger und frühen achtziger Jahren hatte Qadhafi im großen Stil Privateigentum verstaatlicht und umverteilt. Diese Politik zerstörte die Machtbasis der traditionelle Elite und Bourgeoisie, die in der Folge ins Ausland flüchtete, wo sie den Großteil der Exilopposition stellte. Mit der Revolution sind die ehemaligen Eigentümer zurückgekehrt, oft in einer politischen oder militärischen Führungsrolle. Der Druck von ihrer Seite ist groß. Während sich ein Komitee mit der Problematik auseinandersetzt, gehen viele der früheren Eigentümer dazu über, ihre Ländereien oder Immobilien mit Gewalt zurückzufordern.[124] Die dadurch Geschädigten sind oftmals sozial schlechter gestellte Familien, die von den Maßnahmen Qadhafis profitiert hatten. Vom Umgang mit dieser Frage hängt also ab, ob die Gruppe der Verlierer – und potentiellen Gegner – der Revolution noch weiter anwächst.

Akut sind Konflikte um die Kontrolle von Wirtschaftsressourcen schon heute im Bereich krimineller Aktivitäten. Die Zusammenstöße zwischen Tubu und Zwayya in Kufra, zwischen Awlad Suleiman und Qadhadhfa in Sabha, zwischen Zuwara und Nawail an der libysch-tunesischen Grenze sind zum Teil auf Konkurrenz um die Kontrolle von Schmuggelrouten zurückzuführen.[125] Der Waffen- und Drogenschmuggel hat seit dem Sturz des Regimes stark zugenommen. Angehörige der Grenzschutzeinheiten riskieren ihr Leben, wenn sie gegen die schwerbewaffneten Schmugglerbanden vorgehen.[126]

len Solidaritätsfonds demonstrieren gegen Korruption und Entgleisungen«, *Quryna*, 4.10.2012, <www.qurynanew.com/15015>.

123 »Libya Probing Oil Firms' Contracts under Gaddafi«, *Reuters*, 9.4.2012; »Übergangsregierung beschließt Bildung eines Komitees zur Untersuchung der bestehenden staatlichen Verträge«, *al-Tadhamon*, 24.6.2012, <tinyurl.com/b8utpft>.

124 »Erste Sitzung des Komitees zur Untersuchung des Vorschlags der Annullierung von Gesetz 4/1978«, *al-Watan al-Libiya*, 15.3.2012, <tinyurl.com/beew6fn>; »Thousands of Libyans Struggle With Recovery of Property Confiscated by Qaddafi«, in: *New York Times*, 13.5.2012; »Bund der Eigentümer: Wir fordern die Gesetzgebung, die durch Qadhafi abgeändert wurde«, *al-Tadhamon*, 14.11.2012, <tinyurl.com/a5qsbkf>.

125 Cole, *Borderline Chaos?* [wie Fn. 63].

126 Siehe »Libyen schließt den Grenzübergang Umm Saad wegen der vielen Angriffe von Schmugglern auf Sicherheitskräfte«, *Quryna*, 1.7.2012, <www.qurynanew.com/37513>; »Border Security Officer Assassinated in Benghazi«, in: *Libya Herald*, 5.7.2012; »Die Angehörigen der Grenzschutzeinheit 71 verlangen von der Obrigkeit eine Intervention zu ihrem Schutz«, *al-Tadhamon*, 1.10.2012, <tinyurl.com/baavhw4>.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Das Schema eines Machtkampfes zwischen islamistischen und säkular-»liberalen« Kräften, in das manche Beobachter die politischen Dynamiken des neuen Libyen pressen wollen, ist irreführend. Zum einen, weil lokale Interessengruppen die politische Landschaft dominieren. Zum anderen, weil die entscheidende Bruchlinie dabei jene der Revolution und des Bürgerkriegs ist. Die Gräben verlaufen zwischen dem Lager, das den Umsturz für sich zu monopolisieren sucht, und den tatsächlichen oder potentiellen Verlierern einer fortwährenden Revolution. Die Bruchlinie zieht sich ebenso durch das islamistische Spektrum wie durch das gesellschaftliche Establishment. Sie droht, Städte und Stämme in Gewinner und Verlierer der Revolution aufzuteilen.

Die Kräfteverhältnisse des neuen Libyen sind noch im Entstehen begriffen. Doch die Gräben, die sich infolge des Bürgerkriegs aufgetan haben, könnten die politischen Dynamiken über Jahre definieren und zu einer dauerhaften Quelle von Spannungen werden. Der anstehende Verfassungsprozess dürfte ebenfalls durch die neuen Konfliktlinien geprägt sein. Zu erwarten ist, dass die künftige Machtverteilung unter lokalen Akteuren einer der kontroversesten Bereiche sein wird. Dabei geht es um Fragen der Dezentralisierung, des Föderalismus und der Rechte ethnischer Minderheiten. Zu Konfrontationen führen würden auch etwaige Versuche, den »politischen Ausschluss« ehemaliger Funktionsträger des Qadhafi-Regimes in der Verfassung zu verankern. Weit weniger konfliktgeladen sind dagegen Fragen, die den Islam und seine Rolle in der Gesetzgebung betreffen. Säkulare politische Kräfte spielen in Libyen keine Rolle, konservative Auslegungen des Islam sind konsensfähig.

Für die politischen Dynamiken, die sich in dieser komplexen Lage entwickeln, sind externe Akteure von untergeordneter Bedeutung. Diese Einschätzung entspricht allerdings nicht der Wahrnehmung in Libyen selbst: Dort vermuten viele hinter den neuen politischen Kräften die Machenschaften ausländischer Regierungen. Vertreter einzelner Städte, ethnische Minderheiten, Föderalisten, Parteien, Milizen – sie alle gelten ihren jeweiligen Gegnern als Agenten unterschiedlicher fremder Mächte. Nach dem Ende der Nato-Intervention haben internationale Akteure daher zu Recht einen behutsamen Ansatz für ihr Engagement gewählt. Die UN-Unterstützungsmission (UNSMIL) ist folglich vor allem in beratender Funktion tätig.

Auch die noch ungeklärten Kräfteverhältnisse, das institutionelle Chaos und die fragmentierte politische Landschaft bilden Hürden für ein stärkeres Engagement von außen. Im Sicherheitssektor wird externe Unterstützung durch die Politisierung der einzelnen Einheiten und Institutionen erschwert. Trotz dieser Hindernisse konkurrieren ausländische Regierungen, EU und UNSMIL schon jetzt um die Gunst der libyschen Regierung, wenn sie ihre Angebote für Ausbildung und Ausstattung einzelner Verbände unterbreiten. In manchen Fällen haben sie damit die Verwirrung im Sicherheitssektor eher noch vergrößert. Der Justizbereich und die Aufarbeitung der Vergangenheit dagegen genießen bei externen Akteuren bislang weitaus weniger Aufmerksamkeit – auch deshalb, weil solche Felder als zu sensibel gelten.

All diese Faktoren mögen erklären, warum Deutschland die Zusammenarbeit mit dem neuen Libyen – im Vergleich zu den Nachbarländern Ägypten und Tunesien – bislang vernachlässigt hat. Auch gemessen am Engagement der USA, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens seit Ende des Bürgerkriegs spielt Deutschland hier eine zurückhaltende Rolle. Angesichts der wirtschafts- und sicherheitspolitischen Bedeutung Libyens sollte jedoch stärker nach Wegen gesucht werden, Hindernisse für Kooperation zu umgehen oder zu überwinden. Instabilität in Libyen hat direkte Auswirkungen auf die Transformationsprozesse der Nachbarländer – sie schlägt sich nieder in Waffen- und Drogenschmuggel, Organisationsmöglichkeiten für regionale extremistische Netzwerke und dem Wegfall Hunderttausender Arbeitsplätze für Migranten aus Tunesien und Ägypten. Mit einer Stabilisierung würde Libyen dagegen seine Bedeutung für die europäische Energiesicherheit zurückgewinnen; außerdem könnte das Land zu einem weitaus attraktiveren Markt für deutsche Unternehmen werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Eine Voraussetzung für ein stärkeres Engagement in Libyen ist der Ausbau von Kontakten und die Stärkung der landesspezifischen Expertise. Hierzu sollte

der intensive Austausch, den die deutsche Seite mit Politik und Zivilgesellschaft in Ägypten und Tunesien sucht, auch im Falle Libyens angestrebt werden. Dies betrifft die Arbeit der politischen Stiftungen ebenso wie Beziehungen auf Ebene von Parlamenten und ministeriellen Ressorts oder die Zusammenarbeit im Kultur- und Hochschulbereich.

Über die allgemeine Stärkung von Kontakten hinaus ist es notwendig, konkret die Stabilisierung des Landes zu unterstützen. Akuter Beratungsbedarf besteht etwa beim Aufbau eines neuen Verwaltungssystems, das aller Wahrscheinlichkeit nach dezentralen Charakter haben wird. Die deutsche Außenpolitik sollte sich jedoch trotz aller Hindernisse und Vorbehalte nicht scheuen, auch in sensiblen Bereichen Initiativen zur Konfliktlösung zu fördern. Im Mittelpunkt sollten Versuche stehen, die Gräben des Bürgerkriegs zu überbrücken. Justizreform und die Aufarbeitung politischer Verbrechen, der Umgang mit der Hinterlassenschaft von Geheimdiensten und Sicherheitsapparaten – das sind Felder, auf denen in Deutschland umfangreiche Erfahrung und Kenntnis vorhanden ist. In Libyen gibt es eine große Nachfrage nach solcher Expertise. Sie ist für die öffentliche Debatte über die Aufarbeitung der Vergangenheit ebenso von Interesse wie für politische Entscheidungsträger.

Angesichts der akuten Konflikte im Land sollte Unterstützung beim Aufbau des Sicherheitssektors weiterhin ein Schwerpunkt der bilateralen und europäischen Zusammenarbeit mit Libyen sein. Eine solche Förderung muss jedoch der Politisierung und den Spannungen innerhalb des Sicherheitssektors Rechnung tragen. In diesem Kontext ist es mit Risiken verbunden, einzelne Einheiten zu unterstützen; Hilfe beim Aufbau von Kontroll- und Rechenschaftsstrukturen für den Sicherheitssektor dürfte der gegenwärtigen Lage angemessener sein. Bilaterale Initiativen sollten eng mit EU und UNSMIL abgestimmt werden, um die komplexen Strukturen auf der libyschen Seite nicht zusätzlich zu belasten. Generell sollte externe Unterstützung nicht einzelnen Akteuren gelten, sondern der Schaffung von Strukturen und Foren, die zur Regelung der Konflikte zwischen den politischen Kräften des neuen Libyen beitragen.

Glossar

Al-Asala	»Die Ursprünglichkeit«; salafistische Bewegung, mit dem Großmufti assoziiert
Allianz Nationaler Kräfte	Verbund mehrerer Parteien unter Führung Mahmoud Jibrils; stärkste Fraktion im Nationalkongress
Azlam (al-Nidham)	Anhänger (des Regimes)
Der' Libya	»Schild Libyens« – Militäreinheiten aus ehemaligen revolutionären Brigaden, dem Stabschef unterstehend
Exekutivkomitee	Temporäre Regierung des Übergangsrates, unter Führung Mahmoud Jibrils, März – November 2011
Lokalrat	Lokales Komitee, (selbst-) ernannt oder gewählt, entstanden während oder nach dem Bürgerkrieg
Militärrat	Lokales Militärkomitee aus zivilen und militärischen Akteuren, gebildet während oder nach dem Bürgerkrieg
Nationaler Übergangsrat	Politische Führung der Revolution unter Vorsitz Mustafa Abdeljelils, gebildet Ende Februar/Anfang März 2011, aufgelöst mit der ersten Sitzung des Nationalkongresses im August 2012
Nationalkongress	Temporäres Parlament, gewählt im Juli 2012
Oberste Sicherheitskomitees (OSKs)	Einheiten aus revolutionären Brigaden und Milizen, dem Innenministerium unterstehend
Shura-Rat	Lokaler Rat aus Stammesfiguren oder anderen prominenten Persönlichkeiten
Übergangsregierung	Regierung von Abdelrahim al-Kib, vom Übergangsrat eingesetzt, November 2011 – November 2012
Verfassungserklärung	Fahrplan des Übergangsrates von August 2011 für den Übergangsprozess zur Ausarbeitung einer Verfassung und zur Vorbereitung von Wahlen
Verfassungskomitee	Geplantes Komitee mit 60 Mitgliedern (20 aus jeder Region) zur Ausarbeitung einer Verfassung, soll direkt vom Volk gewählt werden